

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Drag II, Reflagstraße 18 • Zentr. Tel. 26795, 31400, Nachredakt. (ab 21 Uhr): 33555 • Postfach: 57544

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

13 Jahrgang.

Donnerstag, 12. Jänner 1933

Nr 10.

Hitler in der Sadgasse. Tolerierung oder Neuwahlen?

Berlin, 11. Jänner. Die gestrige plötzliche Rückkehr Hitlers nach Berlin gab Anlaß zu einer Reihe von Kombinationen über die weitere Entwicklung der innerpolitischen Situation. Trotzdem lassen sich bis jetzt keine präzisen Vermutungen feststellen, ob es gelingen wird, eine Einigung zwischen der Regierung von Schleicher und den Nationalsozialisten herbeizuführen, aber auch nicht darüber, ob der Zusammentritt des Reichstages zu neuen Wahlen führen wird.

Die Ursache dieser andauernden Unsicherheit liegt in der Desorientierung in der nationalsozialistischen Partei. Hitler weiß sich, wie es scheint, keinen Rat, mit welchem Manöver er sich aus der Sadgasse ziehen kann, in der er sich befindet. Es bleibt ihm die Wahl, entweder mit Schleicher eine Einigung zu erzielen, was allerdings den Verzicht auf das Kanzleramt bedeuten würde oder Neuwahlen, was aber wieder ein weiteres Zurückgehen seiner Partei zur Folge hätte.

Reichsminister Schleicher ist sich seiner festen Position bewußt und er hat bisher nichts unternommen, um den Nationalsozialisten eine Annäherung zu erleichtern.

Trotzkl schwer krank.

London, 11. Jänner. „Daily Express“ berichtet aus Konstantinopel, daß Leo Trotzki in seinem Londoner auf der Insel Peinipso schwer krank darniederliege. Sein Sekretär sei nach Wien abgereist, um den ärztlichen Beistand eines Spezialisten zu gewinnen.

Seine Tochter begeht Selbstmord.

weil sie aus Berlin ausgewiesen wurde.

Berlin, 11. Jänner. Die „Vollzeitung“ berichtet, daß die Tochter Leo Trotzki, Frau Wollow, die in Berlin-Marischdorf wohnte, Selbstmord begangen habe, weil sie aus Berlin ausgewiesen werden sollte.

Die Polizei hat inzwischen bestätigt, daß Frau Wollow, die sich vor einigen Tagen durch Was verarscht hat, tatsächlich eine Tochter Trotzki ist.

Im Oktober 1931 war ihr der vorübergehende Aufenthalt in Berlin zu einer spezialärztlichen Behandlung gestattet worden. Nachdem ihr Gesundheitszustand sich gebessert hatte, war ihr eine Abreise bis 31. Dezember 1932 gestattet worden. Auf ein neues Gesuch der Frau Wollow, die Abreise bis Mitte Februar 1933 zu verlängern, sei jedoch nach der Behauptung der Polizei eine abschließende Entscheidung noch nicht getroffen worden. Eine Ausweisung liege angeblich nicht vor, ebensowenig eine Verfolgung der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis aus politischen Gründen.

USA. will sich ein fettes Geschäft entgehen lassen?

Hoover für ein Waffenexportverbot.

Washington, 11. Jänner. (Neuter.) Präsident Hoover sandte dem Kongreß eine Sonderbotschaft, in der er dafür eintritt, daß entweder die Genfer Konvention aus dem Jahre 1925 betreffend das Verbot des Handels mit Waffen und Munition ratifiziert oder daß eine gesetzliche Maßnahme getroffen werde, welche es dem Präsidenten ermöglichen würde, die Ausfuhr von Waffen zu Kriegszwecken einzuschränken oder ganz zu verbieten.

Der Außenminister des Senates nahm heute eine Resolution an, welche bestimmt, daß der Präsident ermächtigt werde, ein Embargo auf die Ausfuhr von Waffen nach jenen Staaten zu legen, welche an einem Kriegskonflikt beteiligt sind oder einen Krieg hervorzurufen drohen.

Amnestie für alle bulgarischen Emigranten.

Sofia, 11. Jänner. Das Sobranje hat mit endgültiger Rechtskraft beschlossen, daß allen agrarischen Emigranten vorbehaltlos die volle Amnestie gewährt werde. Ihre Rückkehr nach Bulgarien wird dieser Tage erwartet.

Heraus mit der Vierzigstundenwoche! Internationale Konferenz in Genf.

Wie wir bereits gemeldet haben, ist in Genf eine internationale Konferenz zusammengetreten, welche sich mit der für die gesamte Weltwirtschaft und für die internationale Arbeiterklasse hochbedeutenden Frage der Verkürzung der Arbeitszeit befaßt. Die Konferenz soll vorbereitenden Charakter haben, die endgültige Entscheidung erst im Juli fallen. An den Beratungen in Genf nehmen die Vertreter von 28 Staaten teil, als Dauer der Konferenz sind etwa drei Wochen vorgesehen.

Obwohl man allen europäischen Konferenzen skeptisch gegenübersteht, muß — die Abrüstungskonferenz hat zu keinem greifbaren Ergebnis geführt, die Weltwirtschaftskonferenz scheint überhaupt nicht zusammenzutreten zu wollen — kann man von der internationalen Konferenz zur Verkürzung der Arbeitszeit doch sagen, daß sie unter dem Zwange der Verhältnisse einberufen ist und daß die gemeinsame Not aller Staaten sie zu einer positiven Lösung drängt. Die Verdrängung der menschlichen Arbeitskräfte durch die Maschine, die Rationalisierung, die trotz aller Kräfte ungehindert vor sich geht, muß bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Arbeitszeit die

Massen der Arbeitslosen immer mehr vergrößern. Eine Kürzung der Arbeitszeit wird also zu einer Lebensfrage für die Arbeiterklasse und zu einer Lebensfrage für die gesamte Gesellschaft. Allerdings widerstreiten der Einsicht von der notwendigen Verkürzung der Arbeitszeit, die auch in bürgerliche Kreise eindringt, die kurzfristigen Profitinteressen des Unternehmertums. Die Gegner der Verkürzung der Arbeitszeit werden sich in Genf nicht gegen die Vierzigstundenwoche im allgemeinen aussprechen, sondern sie werden voraussichtlich sagen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nur in gewissen Produktionszweigen und bei einzelnen Arbeitsschichten möglich ist und sie werden weiter sagen, daß nur wenn alle Staaten zur gekürzten Arbeitszeit übergehen, die Vierzigstundenwoche möglich ist. Die kapitalistischen Vertreter werden also alles tun, um den notwendigen Fortschritt zu verhindern. Es wird die Aufgabe der Vertreter der Arbeiterklasse sein, in die Front der Delegierten der Unternehmer sowie der kapitalistischen Staaten Breche zu schlagen und der Vierzigstundenwoche eine Gasse zu bahnen!

Alle möglichen Einwände. England lehnt den Entwurf des Arbeitsamtes rundweg ab.

Genf, 11. Jänner. Auf der Konferenz für die Verkürzung der Arbeitszeit als Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit begann heute die allgemeine Aussprache. Auf Vorschlag der Arbeitsgruppe befaßt die Konferenz, neben der französischen und englischen auch die deutsche Sprache zuzulassen.

des Internationalen Arbeitsamtes könnte als Diskussionsgrundlage anerkannt werden. Nur insofern bestanden Bedenken, als der Bericht eine Bindung auf unbestimmte Zeit vorsehe. Die deutsche Regierung halte es für notwendig, daß die einzelnen Staaten nach einer bestimmten vertragsmäßigen kurz bemessenen Zeit das Abkommen kündigen könnten. Notwendig sei ferner das gleichzeitige Inkrafttreten des Abkommens für alle wichtigen Industriezweige.

Der Aussprache liegt ein vom Internationalen Arbeitsamt hergestellter umfangreicher Bericht, der die Zusammenhänge zwischen Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit behandelt, zugrunde. Die Aussprache wurde von dem französischen Gewerkschaftsvertreter Jouhaux eröffnet.

Am Nachmittag erklärte der deutsche Regierungsdelegierte, die Tatsache, daß das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag noch nicht allgemein ratifiziert sei, könne nicht als Einwand gegen den Abschluß eines neuen Abkommens geltend gemacht werden. Eine wesentliche Belastung würde nur dann eintreten, wenn man dem einzelnen Arbeiter für den Ausfall an Arbeitsstunden einen Lohnausgleich gewähre, der allerdings, wo er wirtschaftlich tragbar sei, wünschenswert wäre. Es sei aber zweifelhaft, ob eine Verpflichtung dazu international festgelegt und durchgeführt werden könne. Auch die Tatsache, daß die Arbeitszeit heute schon verhältnismäßig kurz sei, stehe einem internationalen Abkommen nicht entgegen. Der Bericht

Der weitere Verlauf der Debatte brachte eine bemerkenswerte Erklärung des englischen Regierungsvertreeters, der sich kategorisch gegen ein allgemeines Abkommen im Sinne der Vorschläge des Internationalen Arbeitsamtes aussprach.

Der Vertreter der deutschen Unternehmer, Pfeffer, erklärte, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit für den Einzelbetrieb keine Besserung bringe. Die Ursachen, die durch eine Verkürzung der Arbeitszeit entstünden, seien sehr wesentlich. Entscheidend sei aber die Beunruhigung, die für den Betrieb durch den Streik (?) entstehe, der auf die Unternehmer ausgeübt wird. Es sei zu erwarten, daß bei einer Verkürzung der Arbeitszeit die Lohnfrage wieder eine große Rolle spielen werde. Diesen Gesichtspunkt dürfe man jetzt nicht außer acht lassen.

Neue Offensive der Japaner.

Sie wollen die ganze Provinz Jehol in ihre Gewalt bekommen.

Peiping, 11. Jänner. Das japanische Oberkommando setzte gestern ausgeführte Regimenter zu einem überraschenden Angriff auf einen der wichtigsten strategischen Punkte an der großen chinesischen Mauer, Tschienmenkuo ein, womit sie neuerdings eine breit angelegte Offensive in der Kampagne, deren Endziel die vollständige Besetzung der Provinz Jehol ist, eröffnete. Der Kampf wüthete den ganzen Tag über. Die chinesischen regulären Truppen kämpften mit ungeüblicher Todesverachtung und schlugen eine Angriffswelle nach der anderen ab.

Die Japaner hatten ihren Angriff durch ein langandauerndes Bombardement mit schweren Kalibern vorbereitet, worauf die Infanterie, unterstützt durch die zeitweisen Vorstöße der Kavallerie, zum Angriff vorging. Der Kampf wurde auf kurze Zeit unterbrochen, während welcher die Fliegerabteilungen die chinesischen Stellungen mit Bomben belegten.

Die Japaner zogen ihre Kavallerie aus Tschienmenkuo und ihre Infanterie aus Schanhaiwan in der Richtung gegen Tschienmenkuo auf der inneren Seite der großen chinesischen Mauer zusammen, während der Kern der japanischen Armee diesen strategisch wichtigen Punkt von der anderen Seite her angriff.

In dem chinesischen Kommuniqué, das gestern in den Abendstunden ausgegeben wurde,

wird erklärt, daß das chinesische Militär noch in den Abendstunden des Dienstag Tschienmenkuo halten konnte, daß aber die Schlacht mit unermüdeter Gewalt andauere. Die chinesische Armee sei gut eingegraben und entschlossen, bis auf den letzten Mann die Stellung zu verteidigen.

In chinesischen offiziellen Kreisen wird behauptet, daß die Japaner die Offensive zur Einnahme der Provinz Jehol deshalb eröffneten, da sie sich in ihren Bemühungen, den Gouverneur der genannten Provinz, General Tanjusian, für die neue Marionetten-Regierung des Staates Mandschukuo zu gewinnen, getäuscht sahen. Die Japaner hätten lange mit Gouverneur Tan verhandelt, aber ohne Erfolg. Das strategische Ziel der japanischen Angriffe auf Tschienmenkuo und Tschienlai geht dahin, Stützpunkte für die Umgehung der Armee des Generals Tan, der von jeder Hilfe abgeschnitten werden soll, zu gewinnen, worauf ihm die Japaner das Ultimatum, sich entweder freiwillig mit Mandschukuo unter japanischem Protektorat zu verbinden oder aber bis zum letzten Mann vernichtet zu werden, stellen werden.

Nach Berichten, die Dienstag in Schanghai einlangten, entsenden die Chinesen vom Süden stark bewaffnete Truppen nach Jehol, wo in den nächsten Tagen erbitterte Kämpfe erwartet werden.

Das verratene Dritte Reich.

Wenn der Abgeordnete Jung wieder einmal eine Volkspartei zum Daj machen wird, wird er es nicht leicht haben, seine Abschwörung des „Dritten Reiches“ zu rückgängig zu machen. Aber das ist schließlich keine Sorge, wie er vor den Augen des Häuptlings aller Nationalsozialisten, die früheren Berichten des „Tag“ zufolge manchmal sehr „stählen“ können, bestehen wird. Jung's Rede im Budgetausschuß ist von größter innerpolitischer Bedeutung, weil sie nichts anderes ist als die — Heberflüchtigkeitsklärung des Nationalsozialismus in der Tschechoslowakei.

Sie ist freilich noch mehr: sie erklärt, eben weil sie, wie noch nie vorher eine Rede eines nationalsozialistischen Führers, die europäischen politischen Wirklichkeiten offen anerkennt, den Nationalsozialismus auch in Deutschland für überflüssig. Denn wenn Jung sagt, auch wenn Hitler Reichstagskanzler wäre, würde die Idee des „Dritten Reiches“ noch lange nicht verwirklicht, weil die Vereinigung aller Deutschen im Reich Deutschland sofort in einen Krieg mit fünfzehn Staaten verwickeln würde, die nationalsozialistische Politik wolle nichts anderes als den Anschluß Oesterreichs und die Befestigung des polnischen Korridors — und beides mit Zustimmung Frankreichs, Englands und Italiens, — ja, dann sagt er damit doch nichts anderes, als daß so ziemlich alles, was der Nationalsozialismus in Deutschland will oder zu wollen vorgibt, entweder Unsinn ist oder Schwindel. Was er in nationalpolitischer Beziehung zu wollen vorgibt, denn es bliebe dann nur noch als allein ernstes Wollen die Aufriktion der Diktatur über die Arbeiter. Als nationale Bewegung aber ist er überflüssig. Den Anschluß Oesterreichs an Deutschland haben, lange ehe es in Deutschland eine nationalsozialistische Partei gab, die Sozialdemokraten angestrebt. Die österreichische Sozialdemokratie hat schon in den Revolutionstagen dieses große Ziel ihrer Außenpolitik verkündet, sie hat mit größter Leidenschaft für dieses Ziel gekämpft, — und um zu erfahren, daß es nur auf dem Wege einer internationalen Verständigung erreichbar ist, dazu bedurfte es nicht des Annahmes der nationalsozialistischen Bewegung. Nicht anders ist's mit der Frage des polnischen Korridors. Es gibt unseres Wissens in Deutschland keine einzige politische Partei, die den durch die Friedensdiktate im Osten des Reiches geschaffenen Zustand bejahet, mit keiner Unabänderlichkeit rechnet. Alle erlauchten Politiker aber sind übereinstimmend der Meinung, daß eine gewalttätige Lösung nicht in Betracht kommt, daß auch die Differenzen nur auf dem Wege der Verständigung lösbar sind.

Adolf Hitler aber, an dessen Vergeltung doch auch die indetendeutschen Nationalsozialisten eifrig mitgewirkt haben, schwärmt in seinem dicken Wästel „Mein Kampf“ frischfröhlich von allerlei Kriegen Deutschlands nach allen Seiten. Aber wenn Jung nun sagt, ein Mann, der so etwas dächte — an den Krieg Deutschlands mit allen seinen Nachbarn — gehöre ins Narrenhaus, wollen wir ihm nicht widersprechen.

Bleibt nach Jung's Darlegungen vom Nationalsozialismus in Deutschland nicht viel übrig, so sind sie ein Todesstahlnetz für den Nationalsozialismus in der Tschechoslowakei. Denn Jung erklärte, daß seine Partei nur die Forderung nach nationaler Autonomie erhebe, nicht aber die Forderung nach Aufrichtung des Dritten Reiches, weder mit, noch ohne Gewalt.

Aber zum Kampfe um die nationale Autonomie bedurfte es wahrlich keiner besonderen Partei. Die Sakentkreuzler, unbekannt nach Broden fremden Geistesgutes gret-

feind, schwindeln zwar ihren Anhängern vor, sie hätten diese Forderung als erste erhoben, aber sie ist älter als mancher nationalsozialistische Postulat und sie ist sozialdemokratisches Programm seit dem Brünner sozialdemokratischen Parteitag im Jahre 1899, auf dem Josef Seliger sie begründete, und sie ist Forderung unserer jüdetendischen Partei seit unserem Gründungsparteiabend, auf dem wieder Seliger es war, der sie erläuterte und begründete.

Aber die Nationalsozialisten geben doch vor, auch sonst noch allerlei zu wollen. Was ist's mit der Schwärmerei für den Ständestaat, für die nationale Diktatur? Unzählige Male haben die Sozialdemokraten dargelegt, daß nichts für die Deutschen in der Tschechoslowakei verhängnisvoller sein könnte, als der Kampf gegen die Demokratie, weil doch nur die Erweiterung der Demokratie der Weg zur nationalen Selbstverwaltung ist, und weil in diesem Staate eine andere als eine tschechische Diktatur nicht vorstellbar, nicht möglich ist. Begraben aber die Nationalsozialisten ihre Staatslehren, dann sinkt damit ein sehr wesentlicher Teil des Nationalsozialismus überhaupt ins Grab.

Bleiben noch ihre ökonomischen Theorien, die Lehre von der „Brechung der Zins knechtenschaft“, die von den einen als das Herzstück des Nationalsozialismus bezeichnet werden, während andere von ihr sagen, daß man das Brechen davon bekäme. Nun wird aber wohl kein Nationalsozialist sich nationale Autonomie in solchem Ausmaße vorstellen, daß es etwa den Deutschen in der Tschechoslowakei möglich wäre, sich eine eigene Geldwirtschaft einzurichten und in ihrem Siedlungsgebiet eigene wirtschaftliche Experimente zu machen. Auf dem Boden der Tschechoslowakei wäre also Voraussetzung der Verwirklichung des zum Brechen reizenden Kerngedankens des Nationalsozialismus — die Gewinnung der Tschechen für solche Pläne — und das wäre der Weg des verhassten Internationalismus! Der jüdetendische Nationalsozialismus widerlegt sich selber!

Die Nationalsozialisten in der Tschechoslowakei haben schon manderlei Wandlungen durchgemacht und abenteuerlich genug sind ihre politischen Wanderungen: von der Aufzucht des Herrn Knirsch, der roten Fahne zu folgen, zum Wahlbündnis mit den Deutschen und der Gründung eines engen Kampfbundes mit ihnen zum Bündnis mit den aktivistischen deutschbürgerlichen Parteien und von diesem in dem Augenblicke, da sie politische Gewinne erhofften, zur Verkleidung als „radikale“ Partei, die sich gebärdete, als könne sie alle anderen bürgerlichen Parteien überrennen. Ihre Wandlungen und Wanderungen waren immer sehr konjunkturbedingt und Grundsätze hatten dabei wenig zu bedeuten. So lange Hitlers Stern im Steigen schien, hand man, dessen matten Glanz überschänzend, trenn zum Ofas. Nun, da nach Junges Meinung Hitler nicht so bald Kanifer werden wird, wirft man dem isolierten Ofas auch den Königsgedanken des „Dritten Reiches“ nach und rüst, abermals eine fühne Schwertung wagend, zu einer nationalen Front von den

Sozialdemokraten, die gestern noch „Unter-menschen“ waren, bis zu den Nationalsozialisten.

Nun, die Jung und Knirsch werden sich doch kaum großen Illusionen über das Zustandekommen einer solchen „Einheitsfront“ hingeben, weil ja, abgesehen von ihrer politischen Sinnlosigkeit, den Sozialdemokraten nicht zugemutet werden kann, daß sie sich mit den Gesinnungsfreunden der Arbeitermörder in Deutschland zusammensetzen. Aber einen gewissen Trost kann man ihnen vielleicht geben: Der Anruf der Nationalsozialisten, den wir gestern im Auszug wiedergaben, klagt recht

Auf dem Wege zur nationalen Selbstverwaltung des Schulwesens

II.

Wenn man den Entwurf als Ganzes überblickt, so muß man rückhaltlos zugeben, daß er einen

beachtenswerten Fortschritt

gegenüber dem derzeit bestehenden bedeutet. Die nationale Selbstverwaltung des Schulwesens erscheint — wenn auch nur in technischer Beziehung — ziemlich reiflos durchgeführt. Die Schulaufsichtsbehörden sind — beginnend vom Ortsschulrat über die Bezirksschulräte hinaus bis zu den sektionierten Landesschulräten national geteilt. In den Sudetenländern wird keine Schule einer fremdsprachigen Schulbehörde unterstehen und auch in den Karpatenländern werden die Schulen der deutschen Minderheit mindestens gleichsprachige Ortsschulräte haben. In der Slowakei werden die deutschen Schulen in vielen Fällen auch deutschen Bezirksschulräten unterstellt sein und im Landesschulrat der Slowakei wird auch ein deutscher Lehrervertreter mit beratender Stimme sitzen.

Im allgemeinen wird im Entwurf bereits auch der Grundgedanke geachtet, daß die Mitglieder der Schulbehörden, die in den nationalen Sektionen des Landesschulrates, in den Bezirks- und Ortsschulräten sitzen, jenem Volksstamm angehören müssen, für den sie der betreffenden Schulbehörde unterstellt sind. Eine Ausnahme von diesem Grundgedanke scheint nur bezüglich der Vertreter der Landeshauptstädte im Landesschulrate vorzuliegen, denn — wenn die Pressenotizen richtig sind — so soll ein und derselbe Vertreter der Landeshauptstadt in beiden Sektionen des Landesschulrates sitzen. Dies würde eine Durchbrechung des sonst in dem Entwurf zum Ausdruck gebrachten Grundgedankes bedeuten, daß die Mitglieder der national geteilten Schulbehörden jener Nation angehören sollen, für die die von ihr zu verwaltenden Schulen bestimmt sind, aber auch eine Abänderung der gegenwärtig geltenden Vorschriften, denen zufolge die Landeshauptstädte in jede der nationalen Landesschulrats-Sektionen einen Vertreter entsenden, dessen Volkszugehörigkeit sich nach der der übrigen Mitglieder dieser Sektionen richtet.

elegisch: Wenn die deutschen Nationalsozialisten in ihrem Kampfe erliegen, so wäre das nicht nur die Niederlage einer Partei, sondern eine Niederlage des großen jüdetendischen Kampfes um Gleichberechtigung und Selbstverwaltung. — Nein, das wird ihre Niederlage nicht sein! Denn die Sozialdemokratie, die schon vor den Nationalsozialisten war und vor ihnen diesen Kampf führte, wird auch nach dem Verschwinden der Sakentkruzerei noch sein und sie wird ihren Kampf fortsetzen, ihren Klassenkampf, der in sich schließt den Kampf auch um die Gleichberechtigung der Nationen!

Auch vom Standpunkte der Demokratisierung der Schulverwaltung

ist der Entwurf hoch zu werten.

Die Schulbehörden werden nunmehr fast ausnahmslos aus gewählten Vertretern bestehen, während die Landesschulräte die Lehrervertreter — es waren in jeder Sektion bisher nur zwei (einer für die Volk- und Bürgerschule und einer für die Mittelschule) bisher vom Staatspräsidenten über Antrag des Schulministeriums ernannt wurden.

Die Bezirks- und Ortsschulräte, die so durch das Gesetz Nr. 292/20, das die Ortsschulräte an Stelle der Bezirks- und Landesschulbehörden gesetzt hat, eigentlich beseitigt worden sind, aber trotzdem auf Grund der Regierungsverordnung Nr. 608/20 als provisorisch errichtete Körperschaften weiter existierten, bestanden vorweg nur aus vom Vorsitzenden des Landesschulrates ernannten Mitgliedern.

Ganz besonders durchgreifend wird sich die Schulverwaltungsreform in der Slowakei und Karpatenrußland auswirken. In diesen Ländern, wo die russische und slowakische Bevölkerung von der ungarischen Großenbürgerschaft seinerzeit ebenso brutal unterdrückt worden ist, wie die deutsche, werden die demokratisch aufgebauten Orts-, Bezirks- und Landesschulräte, diese ganz besonders mit ihren nationalen Sektionen eine förmliche Umwälzung im Sinne der Demokratie und eine erhebliche Verminderung der Reibungsverluste zwischen den Volksstämmen bewirken. So wird auch in den Karpatenländern die Bevölkerung nunmehr endlich zu der wichtigen Kulturaufgabe, ihr Schulwesen selbst zu verwalten, berufen werden. Für die Beschleunigung des Kulturfortschrittes in den Karpatenländern sicherlich das beste und wirksamste Mittel!

Auch vom freiheitlichen Standpunkte

weist der Entwurf einen entschiedenen Schritt nach vorwärts auf.

Die privilegierten Sätze der Religionsgenossenschaften in den Landesschulräten und den Sektionen werden verschwinden, nachdem das Gesetz Nr. 292/20

sie schon im Ortsschulrate und die Verordnung Nr. 608/20 in den Bezirks- und Landesschulbehörden aufgehoben hatte. Damit bricht die letzte Position der Vormachtstellung zusammen, die die Alexei aller Konfessionen sich über den Weltkrieg und den Untergang hinaus aus dem alten Oesterreich bis in das 15. Jahr des Bestandes der Tschechoslowakischen Republik als Wahrzeichen ihrer Vorherrschaft im alten Oesterreich hinüber gerettet hatte.

Damit erscheint freilich keinesfalls den Angehörigen des Priesterstandes das positive Wahlrecht in der Schulbehörde genommen, im Gegenteil, sie können als Vertreter der Bevölkerung genau so gewählt werden, wie jeder andere Staatsbürger, aber die Vorzugsstellung, die sie im alten Oesterreich innehabten und unerschütterlich behauptet hatten, sie erscheinen nunmehr in den Schulbehörden aller Instanzen beseitigt.

Dazu kommt noch die geplante Umgestaltung des konfessionellen Schulwesens in der Slowakei und in Karpatenrußland, das jetzt unter gewissen Voraussetzungen den allgemeinen in der Tschechoslowakischen Republik geltenden Gesetzen und damit wohl der öffentlichen Schulverwaltung unterworfen werden sollen. Für die Verwirklichung des Schulwesens der Karpatenländer und seine Anpassung an das Schulwesen der historischen Länder und damit für die Vereinheitlichung des Schulwesens des Staates bedeutet also der Entwurf gleichfalls eine entscheidende Tat und es bleibt nur zu wünschen, daß dieser Entwurf — ausgestattet mit verschiedenen — später zu besprechenden Änderungen — sobald als möglich Gesetz wird.

Freilich muß offen zugegeben werden, daß der Entwurf noch lange nicht dem entspricht, was der Klub der Abgeordneten der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei seinerzeit im November 1925 in seinem Initiativentwurf behufs Durchführung der nationalen Selbstverwaltung gefordert hat. Gemessen von unseren Forderungen ist er noch lange kein Idealgesetz. Wir haben Einwendungen gegen ihn sowohl vom nationalen wie vom demokratischen Standpunkte aus. Zunächst läßt die geplante Reform das Schulministerium selbst gänzlich unberührt. Keine nationale Sektionierung dieser Schulbehörde, ja nicht einmal eigene Referate für das Schulwesen der nationalen Minderheiten sieht der Entwurf vor. Daß der Grundgedanke der nationalen Gleichberechtigung der L.-Sch.-R. Sektionen hinsichtlich der Vertreter der Landeshauptstädte nicht eingehalten und dadurch der gegenwärtige Zustand in dieser Beziehung verächtlich werden soll, haben wir bereits erwähnt. Wünschenswert wäre es auch, wenn in dem Gesetzesentwurf klar ausgesprochen würde, daß von den zwei Obmannstellvertretern der L.-Sch.-R. einer der nationalen Minderheit angehören muß und diesem die Vertretung des Vorsitzenden in der für diese nationale Minderheit errichteten Sektion obliegt.

Vom demokratischen Standpunkte müssen wir uns aber überhaupt dagegen aus-

Die Kellnerin Molly.

Roman von Hans Otto Henel.

Copyright im Hochvertrieb. Verlag Berlin. Nachdruck verboten.

Darum freute Male sich auf das Begommen, und nur die Trennung von der Freundin, die ihr „Moum“ war, bedrückte sie. Aber diese Trauer ging nicht tief, denn jetzt, wo sie scheiden mußte, erlitten ihr das Verhältnis als Sünde.

Am Sonnabend früh wurde sie „in Marisch gefahrt“, wie Pastor Jidmann es nannte. Schwester Parhlade hatte ihr ein Holzstöckerchen gepackt, das durch den eingebrannten Stempel „Fürsorgeheim Garten Gethsemane“ als Anhaltseigentum gekennzeichnet war. Pastor Jidmann ließ den Inhalt, ein wenig Leinwand und die „Marischverpflegung“, vor sich ausbreiten und legte noch eine Taschenbibel und ein evangelisches Gesangbuch dazu. Er erklärte Male genau, wie sie zu fahren habe. Ueber Neustettin, Umsteigen in Gramenz, schließlich von Polzin aus noch zwei Stunden Fußmarsch bis nach Rainerdorf. Ueber das genau abgezahlte Reisegeld für die Bahnfahrt mußte sie quittieren. Sie hörte wohl, wie die vielen Worte des Pastors auf sie herniederplätscherten, aber sie vernahm kaum, daß es alles Ermahnungen zu christlicher Dienstfertigkeit waren. Ihre Gedanken eilten schon hinaus über die Anhaltssarenen, jenseits deren sie ihre Freiheit antreffen wollte.

Ohne Abschiedschmerz, ohne Scheideträne verließ Male Habensicht den „Garten Gethsemane“. Als sie vom Bahnhafen aus das letzte Stück Mauer der Kuffalt verschwinden sah, kamen ihr erst die Tränen. Frei — ja, das war sie nun frei, warum konnte sie jetzt nicht zu Mutter und Vater und Schwester Grete gehen? Frei war sie und doch fürzte schwer wie ein

Stein das Gefühl des Verlassenseins auf sie hernieder. Eine Bauernfrau, die ihr gegenüber saß und Males Tränen sah, reichte ihr einen großen Apfel. Da kam Male der Lebensmut wieder und ein bißchen Hoffnung. Jetzt, wo sie den „Garten Gethsemane“ hinter sich hatte, würde sie ja nun auch die gütigen Menschen treffen, die es geben mußte. Allerdings hatte ihr der Pastor noch nachgerufen, daß sie nur heurlaubt werde und daß er sie bei mangelndem Wohlverhalten jederzeit zurückholen könne. Aber sie gelobte sich, auch die schwersten Ansprüche zu befreiden. Nur nicht nach dem „Garten Gethsemane“ zurück. Und sie lächelte unter Tränen die Bauernfrau dankbar an.

Die Fahrt gefiel ihr. Menschen fliegen aus, andere fliegen zu. Keiner sagte ihr ein strenges Wort, jeder behandelte sie mit selbstverständlicher Gleichberechtigung. Sie erkannte, als der Schaffner, also ein Mann in Beamtenuniform, die Karte sich mit höflicher Bitte zur Kontrolle vorzeigen ließ. Und als ihr in Neustettin wie allen anderen Würstchen und Bier zum Kauf angeboten wurden, fühlte sie sich glücklich. Natürlich konnte sie sich nichts kaufen, denn sie besaß nicht einen Pfennig. Aber sie war stolz, daß man ihr das ohne weiteres zutraute. Dann lehnte sie sich wieder an die harte Holzbank und sah die braunen Vorfrühlingsfelder mit weichen Schneerändern vorbeiziehen. Sah Dörfer mit Häusern und Gehöften. Bald würde sie auch unter einem solchen Dache wohnen, im eigenen Zimmer, fern von der väterlichen Hand und der barten Stimme des Pastors Jidmann.

In Polzin verließ Male den Zug, und erfragte sich den Weg nach Rainerdorf. Sie war vom vielen Sehen und der langen Fahrt schon etwas müde. Aber unverdrossen sah sie ihr Köfferchen. Sie würde sich beeilen müssen, wenn sie die neue Heimat noch vor der Dunkelheit erreichen wollte.

Für einen, der eben den Maueru entkommen

ist, kann selbst die kalte pfühennasse Landtroche ihre Reize haben. Male hieselte rasch dahin, wechselte ihren Koffer bald in die rechte, bald in die linke Hand und wunderte sich, daß sie auf der Straße und in den Dörfern so wenig Menschen sah. Sie kam schließlich durch Buchentee, den bisherigen Auskäufen nach der letzte Ort vor Rainerdorf, groß und mit ansehnlichen Häusern.

Vor den letzten Häusern des Dorfes, wo schon wieder die lahlen Bäume der Landstraße zu sehen sind, gewahrte Male schon von weitem allehe Steinhausen, kleine Weinstübe, zu Schottern. Sie wäre achlos vorbeigegangen, wenn nicht ein Bimmeru zu ihr herübergebrungen wäre. Sie blieb stehen und lautete. Menschenleer war die Straße sonst. Das Rechten kam nur von dem Steinhausen. Etwas bang ging das Mädchen hinüber.

Auf dem Steinhausen lag eine junge Frau. Male sah den biden Leib, sah, wie die Frau sich hilflos wand und krümmte, und begriff bald, Sie entsetzte sich. Zwischen Steinen und Pfähen, zwischen Schlamm und schwarzem Schnee sollte ein Mensch zur Welt kommen? Eine noch nie empfundene Wärme quoll in ihrem Herzen auf. Sie fragte. Die Anklädliche antwortete nicht, nur Bimmern und unverständliches Lallen kam über ihren Mund. Male erkannte, daß dieses junge Weid sofort in das Wärme, Trodente, zur Ruhe mußte. Sie lehnte ihr Köfferchen hin und zog die Kraflose hoch. Mit unendlicher Vorsicht fragte sie die Frau, die sicherlich schon in den schwersten Wehen litt, nach dem nächsten Gehöft, kaum fünfzig Schritte weiter.

Ein Hund an der Kette klaffte. Male klopfte. Ein knochiger Bauer kam. Male machte ihm die hilfbedürftige Lage der Frau begrifflich. Mittrauisch beglupschte er die beiden. Die Schwangere lehnte mit geschlossenen Augen in Males Armen.

„Kous!“

Male starrte ihn lange an, ehe sie begriff. Erwiderten wies sie dann auf die höchste Not der Kreißenden hin. Der Mann spuckte aus.

„In meinem Stall kalbt keine Fremde.“

Unfreundlich schmiß er die Tür zu. Zum nächsten und dann zum übernächsten Gehöft schleppte Male die zitternde, weinende, oft laut schreiende Frau. Man wies sie grob ab, schlug knallend die Türen zu und stierte dann durch die Fenster, ob sie den Hof auch wirklich verlassen.

Im vierten Hofe lag Male: Gemeindevorsteher. Der würde sicherlich die bedauerndwerte Mutter aufnehmen. Aber der Gemeindevorsteher war noch grober als die anderen. Brüllend wies er die beiden hinaus. Aber hier kam Male ein ungewohnter Mut. Mit tränensüßender Festigkeit sagte sie dem Kerl, daß kein Verhalten so gut wie ein Mord an der jungen Frau sei. Jawohl, sie wolle ihn wegen Mord anklagen, wenn er die Hilflose wieder hinaus auf die kalten Steine stiehe.

Da gab der Mann brummend bei. Sie sollten man hereinkommen. Er rief seine Frau, und mit Males Hilfe wurde die Gebärende in ein finstres Bodenkammerchen transportiert.

Rebliche Dämmerung herrschte schon, als Male wieder mit Bestimmung auf der Straße stand. Ihr Köfferchen lehnte noch am Steinhausen. Weinend ging sie weiter. Herrgott, wie konnten denn die Menschen so schlecht sein? Nun ja, die Frau war ihnen eine Fremde wie ihr selbst. Aber sie war doch hilflos, und man konnte sie nicht zugrunde gehen lassen.

Der Koffer wurde dem Mädchen die letzte halbe Stunde schwer. Finster war es rings um sie. Wie eine kleine Flamme glühte in ihr die Bewußtheit, daß sie selbst auf gewesen sei. Und nun wollte sie immer gütig sein.

(Fortsetzung folgt.)

Dem „Tag“ zum Nachdruck empfohlen: Was Jung über das Dritte Reich gesagt hat.

Wir vermessen leider im gestrigen „Tag“ jede Erwähnung der großen Rede des Führers Jung, die wir an leitender Stelle besprechen. Wir hoffen zuversichtlich, daß „Der Tag“ wenigstens in seiner nächsten Folge diese unverzeihliche Unterlassung gutmachen und die Rede im stenographischen Wortlaut und in entsprechender Aufmachung nachtragen wird.

Kameralisch folgende Stelle der Rede bitten wir den „Tag“ herzlich, ja nicht etwa zu unterschlagen (Heftdruck und rote Unterstreichung besonders erwünscht!):

„Jeder Nationalsozialist weiß, daß das dritte Reich eine Staatsidee ist, die auch dann noch lange nicht verwirklicht wird, wenn Hitler Reichsführer wäre, was er nicht ist und auch nicht so bald werden wird. Er müßte dann Reichspolitiker machen und mit der Weltlichkeit rechnen, die nicht mit der Vereinigung aller Deutschen im Deutschen Reich rechnen kann, weil sich Deutschland sofort mit 15 europäischen Staaten in einen großen Krieg verwickeln würde. Das wäre ein Wahnsinn und ein Mann, der so etwas dächte, gehört ins Narrenhaus.“

Die nationalsozialistische Politik verfolgt mit oder ohne Hitler die Befreiung des polnischen Korridors und den Anschluß Österreichs an Deutschland und dies beides mit Zustimmung Frankreichs, Italiens und Englands, weil ohne diese Zustimmung ein europäischer Krieg hervorgerufen würde, in dem Deutschland zugrunde gehen müßte. Das Urteil im Volksstimmrecht fußt auf der falschen Annahme, daß das dritte Reich mit Gewalt durchgesetzt werden soll. Es handelt sich um nichts anderes, als um das Streben nach einem Idealzustand.

sprechen, daß die Vorsitzenden der L. Sch. R., ihrer Sektionen und der V. Sch. Räte ernannt werden und wir müssen für diese Personen, genau so wie das im Parlament und im Senat und in der Gemeindevertretung der Fall ist, fordern, daß die Schulbehörden aller Instanzen ihren Vorsitzenden selbst wählen. Auch das Recht des Vorsitzenden, eine Anzahl von Beamten zu bestimmen, die im L. Sch. R., bzw. in der betreffenden Sektion sich an der Abstimmung beteiligen dürfen, erscheint mit den Grundgedanken der Demokratie nicht vereinbar. Die Referenten aus dem Stande der Verwaltungsbeamten — mit Ausnahme der Schulinspektoren — sollen überhaupt in den Schulbehörden nur beratende Stimme haben und wenn schon ein Stimmrecht zugesprochen werden muß, dann darf dies immer nur einer, u. zw. der jeweils referierende Beamte haben. In den gesetzgebenden Körperschaften und in den Gemeindevertretungen haben die Beamten ebenfalls kein Stimmrecht und es ist nicht einzusehen, warum dies in den Schulbehörden anders sein soll. Darum wäre die oben angegebene Konzession — die den Bestimmungen über die Teilnahme der Beamten an den Abstimmungen im Landesauschuss und im Bezirksauschuss entspricht — wohl das Neueste dessen, was vom Gesichtspunkte der Demokratie als Kompromiß noch zugestanden werden kann.

Nicht unerwähnt darf auch noch bleiben, daß der Entwurf auch insoweit hinter den von uns früherzeit in dem Initiativantrag erhobenen Forderungen weit zurückbleibt, als er nur die Schulbehörden national autonom zu gestalten versucht. Er schafft aber weder national selbständige Organisationen, die den Schulbehörden als Schulerhalter gegenüberstehen, etwa in der Form, daß er die Nationen innerhalb der Gemeinden, Bezirke und Länder und im Staate organisiert und ihnen die Aufgabe der Erhaltung oder doch der Beitragleistung zum Schul- und Kulturwesen ihrer Nation — natürlich mit staatlicher Unterstützung — zuweist, noch stellt er den national autonomen Schulbehörden irgendwelche Mittel für die Ausgestaltung der von ihnen beaufsichtigten Schulwesen zur Verfügung.

Nach wie vor bedarf die Errichtung jeder Schule und jeder Klasse der nationalen Minderheit, zu deren Eröffnung nicht ein gesetzlicher Zwang besteht, der Zustimmung der — in vielen Fällen anderssprachigen — Gemeinden und des Landesauschusses, der in seiner erdrückenden Majorität aus Angehörigen der Mehrheitsnation besteht, beim des Ministeriums, das keinen einzigen deutschen Verwaltungsbeamten in leitender Stellung hat.

Den nationalen selbständigen Schulbehörden steht in dieser Beziehung höchstens das Recht der Antragstellung zu, keinesfalls aber ein entscheidender Einfluß.

Es ist also kein Zweifel, daß der Entwurf Träger den Nationen des Staates noch lange nicht die volle Selbstverwaltung ihres Schulwesens bringt, immerhin aber bedeutet

er einen beachtenswerten Schritt auf dem Wege hierzu, indem er wenigstens die Schulbehörden national organisiert und so die Bürgerschaft gibt, daß jede Schule in der 1. Instanz vom Ortsschulrat durch eine gleichsprachige Schulbehörde betreut wird und dem Schulwesen der nationalen Minderheit durch die national selbständigen Bezirkschulräte und Landeschulratssektionen ein amtlicher Anwalt geschaffen wird, dessen Vorwurf nicht so leicht mißachtet werden kann.

Nicht das erstemal ist es, daß ein Entwurf betreffend die Reform der Schulverwaltung das Licht der Öffentlichkeit erblickt. Wir erinnern nur an den Entwurf des der tschechischen Agrarpartei angehörigen Schulministers Dr. Hodža, der im Jahre 1927 ans Tageslicht kam, freilich ohne daß der damalige Schulminister es der Würde wert erachtet hatte, so wie Genosse Dörrer dies getan hat, vor der Öffentlichkeit die Grundzüge, auf denen er aufgebaut war, darzulegen und zu erörtern. Auch in dieser von jener Hodža's verschiedenen Art eine so wichtige Gesetzesvorlage zu behandeln, ist erkennbar, daß eben ein sozialistischer, von der Treue zur Demokratie getragener Minister hinter dem Werk steht und daß ihm das Gelingen seiner Schöpfung Herzenssache ist.

Der Entwurf Hodža's war bekanntlich zu einer Zeit ausgearbeitet worden, da die deutschen Sozialdemokraten nicht in der Regierung saßen, sondern neben den deutschen Agrariern die deutschen Christlichsozialen. Und wie sah damals der Entwurf aus? Die „deutsche“ Sektion des Landeschulrates in Prag hätte eine absolute tschechische Mehrheit bekommen, jene des Landeschulrates in Brünn sogar eine tschechische Zweidrittelmehrheit erhalten sollen.

Die Errichtung selbständiger deutscher Bezirkschulräte wäre ganz in dem Belieben der Regierung gestellt worden und nur durch eine Regierungsverordnung möglich gewesen, sie hätte aber in allen Bezirken absolut unzulässig sein sollen, wo die Deutschen nicht mindestens

Weißer Zähne: Chlorodont

bestens 20prozentige Minderheit darstellten und überdies nicht wenigstens 10 Schulen besaßen. In diesen Bezirken durfte nach Hodža's Entwurf ein deutscher Bezirkschulrat überhaupt nicht errichtet werden, in diesen Bezirken müßten die deutschen Schulen dem anderssprachigen Bezirkschulrat unterstellt werden. Auch die Errichtung selbständiger deutscher Ortschulräte war gänzlich in das freie Ermessen der Regierung gestellt und in allen Bezirken verboten gewesen, in denen die Deutschen nicht wenigstens eine 20prozentige Minderheit besaßen! Die Lehrervertreter im Bezirks-, bzw. Landeschulrat waren ausnahmslos ernannt und den politischen Parteien sogar verboten worden, Lehrer als ihre Vertreter in die Schulbehörde zu senden. Dafür aber hätten die Religionsgenossenschaften in allen Schulbehörden vom Ortschulrat bis hinauf zum Landeschulrat ihre privilegierten Vertreter zurückhalten!

Und in die Schulbehörden aller Anhangen — ja sogar in den Ortschulräten hätten nur solche Personen einzeln dürfen, die der Staatsprache vollkommen mächtig sind!

Gemeinen an diesem Herrbild der nationalen Schulselbstverwaltung, der zu einer Zeit anstandeslos, da nur deutschbürgerliche Parteien am Regierungssitz saßen, ist der Entwurf Dörrer ein gewaltiger Fortschritt auf dem Wege der Verwirklichung der Forderung der Tschechoslowakischen Republik: ein bedeutendes Werk im Sinne der nationalen Befreiung des Staates.

Gegen gewisse Einzelheiten des Entwurfs haben auch wir — wie bereits festgestellt — unsere Einwendungen und wir werden uns bemühen, im Zuge der parlamentarischen Verhandlung des Entwurfs den darin enthaltenen Gedanken des Minderheitenrechtes und der Demokratisierung der Schulverwaltung noch weiter auszubauen. Auf alle Fälle aber stellt der Entwurf eine recht brauchbare Verhandlungsgrundlage dar.

Ein Teil der tschechischbürgerlichen Presse freilich stellt sich zu dem Entwurf unfreundlich. Allerdings sehr unbegrifflicherweise. Die „mangelnde Loyalität“ der Deutschen soll — so sagen die einen — der Grund sein, warum man den sonst an sich „idealen Entwurf“ nicht zum Gesetz erheben kann.

Ja, hat denn die tschechische Bourgeoisie bis zum heutigen Tage noch nicht begriffen, daß sich die Loyalität der nationalen Minderheiten nicht durch Polizei und Gendarmerie, Strafverfolgung und Kerker einbläuen und er-

zwingen läßt, sondern nur dadurch gewendet werden kann, daß man den Angehörigen der nationalen Minderheit die Ueberzeugung verschafft, daß auf dem Boden des Staates, dem sie einverleibt worden sind, ihre nationalen Bedürfnisse befriedigt, ihre kulturelle Freiheit gewährleistet wird.

In diesem Sinne wird der Entwurf, falls er Gesetz wird, zweifellos die denkbar beste Wirkung ausüben zum Wohle des Staates.

Und andere wieder fürchten: Die Deutschen werden jetzt ihr Schulwesen auf Kosten des Staates in der übertriebenen Weise ausbauen. Dieser Einwand ist natürlich blauer Unsin, denn die nationalen Minderheiten können auf Grund dieses Entwurfs, auch wenn er Gesetz wird, leider, was schon festgestellt wurde, nicht eine einzige Schule und nicht eine einzige Klasse, deren Errichtung nach den allgemeinen für alle Nationen gültigen Schulgesetzen nicht unbedingt vorgeschrieben ist, errichten, ohne daß Gemeinde und Landesauschuss (bei sogenannten Minderheitsschulen das Minister-

rium) hierzu ihre Zustimmung geben! Also fallen alle Einwände der bürgerlichen Chauvinisten zusammen, weil sie teils auf einer falschen psychologischen Einstellung zur Minderheitsbehandlung überhaupt beruhen, teils auf einer völlig unzureichenden Wertung der Rechte, die der Entwurf den nationalen Minderheiten einräumt.

Noch einmal sei gesagt: Zweifellos gewährt der Entwurf so wie den anderen nationalen Minderheiten auch den Deutschen eine gewisse Erweiterung ihrer Rechte in bezug auf die Verwaltung ihres Schulwesens und seine Gesetzgebung kann auch von den deutschen Minderheiten des Staates — trotzdem er ihre Forderungen nur teilweise erfüllt — allgemein begrüßt werden. Den größten Vorteil aber aus der Verwirklichung des Entwurfs würde der Staat selbst ziehen, weil die heute — und zum größten Teile mit Recht — unzufriedenen nationalen Minderheiten beruhigt, mit dem Staate versöhnt und so dieser im Innern wie nach außen gestärkt und gefestigt werden würde.

Budgetkritik von Koalitionsseite.

Dr. Hodža gegen Verlängerung der Sanierungsfrist der Banken Dr. Macek für völlige Aufhebung der Devisenzwangswirtschaft

Prag, 11. Jänner. Gegen 8 Uhr abends beendete heute der Budgetausschuss in Anwesenheit des Ministerpräsidenten und des Finanzministers die Generaldebatte über das Budget mit einem kurzen Schlusswort des Referenten, Remetz, worauf der Ausschuss den Uebergang zur Spezialdebatte beschloß. Die Spezialdebatte wurde mit den Referaten über die ersten drei Budgetkapitel (Präsident der Republik, Gesetzgebende Körperschaften und Ministerpräsidentium) eröffnet, worauf dann die Sitzung für heute geschlossen wurde.

Von Koalitionsseite sprachen heute lediglich der Nationaldemokrat Dr. Hodža und der tschechische Genosse Dr. Macek.

Dr. Hodža erklärte, daß der Siebenerausschuss vor der Aufgabe stand, ein Defizit von 340 Millionen zu decken; das müßte man sich vor Augen halten, wenn man die Tätigkeit des Ausschusses kritisieren wolle. Der Ausschuss hat alle Möglichkeiten von Ersparungen in den Sachausgaben erschöpft, bevor die Schlichtsitzung in Verhandlung gezogen wurde.

In einer Polemik wegen der Höhe des Militärbudgets verwies Dr. Hodža u. a. auch auf die kürzlich angekündigten italienischen Waffentransporte nach Ungarn und führte sie als Beispiel dafür an, daß der Staat in einem gewissen Umfang zur Verteidigung seiner Grenzen gegen jeden Angriff gerüstet sein müsse.

Später stellt sich Hodža entschieden dagegen, daß die Ermächtigung an die Regierung für die Uebernahme von Garantien von 100 auf 150 Millionen erhöht werden sei, vor allem aber gegen die Ermächtigung im Artikel XIV, Absatz 2 des Finanzgesetzes, die die Verlängerung zweier im Bankengesetz festgelegter Fristen betrifft.

Es soll demnach die Ermächtigung an den Finanzminister, im Einvernehmen mit der Regierung die subsidiäre Staatsgarantie für gewisse, den Banken anvertraute Mittel zu übernehmen, bis Ende September 1933, die Frist zur Vorlegung eines entsprechenden Berichtes an die Nationalversammlung bis Ende 1933 verlängert werden.

Hodža erklärte entschieden, daß dem Siebenerausschuss davon nichts gesagt wurde; auch im Wortprotokoll finde man keine näheren Angaben. Bei dem gegenwärtigen Stand der Staatssinnungen müßte diese Verlängerung überraschen; Hodža verlangt Klärung, warum diese Fristverlängerung vorgenommen werden soll bzw. welche Höhe die von der Regierung bisher übernommenen Garantien erreicht haben.

Später suchte Hodža die Unternehmer gegen den Vorwurf in Schutz zu nehmen, daß sie bisher im Besolge der Art. keine Opfer auf sich genom-

men hätten; er rechnete aus, daß die Belastung von Industrie und Gewerbe durch staatliche Steuern gegenüber dem Jahre 1929 um 1250 Millionen gewachsen sei.

Der tschechische Genosse Dr. Macek wendete sich in sehr entschiedener Form gegen die anhaltende Devisenpolitik, die unter dem Schlagwort des Währungsschutzes von unserer Devisenkontrolle betrieben werde, die aber nur zu einer unerträglichen Einengung unseres Außenhandels führe.

Anstatt Devisenpraxis ermöglichen es den Exporteuren, ihre Exportwarena an die Importeure mit einem Aufschlag bis zu 20 Prozent weiterzugeben; diese künstliche Kurssteigerung fremder Devisen, namentlich des Pfundes, komme einer Untergrabung des Kronenturms gleich.

Hodža ist der Meinung, daß man die Devisenkontrollen aufheben, das Bewilligungsgesetz abbrechen und nur eine Evidenz, bzw. die Abwehrpflicht für Devisen beibehalten sollte.

Die Regierung sollte der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten mehr Fürsorge widmen. Sie müsse sprechen, sie müsse ihre Hände öffnen und ihre Versprechungen einhalten. Der Staat müsse im Gegensatz zur landläufigen Meinung noch große Steuererlösen, so in der Erhöhung der Erbschaftsteuer, in einer Steuer von Zinsen und Dividenden, von unverbauten Grundstücken ab-

Dr. Rosche über das Staatsbeamtenproblem

Von den sonstigen Rednern wäre außer zwei Kommunisten und dem tschechisch-amerikanischen Rhyar sowie zwei Slowakisch-Amerikanern noch Dr. Rosche (KWS) zu erwähnen, der u. a. erklärte, ohne Wiederherstellung einer internationalen Vertrauensgrundlage könne die Krise unter keinen Umständen überwunden werden. Die Tschechoslowakei könne mit politischen Freundschaften allein nicht auskommen; wir brauchen eine freundschaftliche Verbindung mit den wirtschaftlichen Dingen. Die Tschechoslowakei habe wirtschaftlich vor allem zwei große Probleme zu lösen: das Beamtenproblem und das Agrarproblem. Bei aller sympathischer Einstellung zur Beamenschaft müsse man sagen, daß der große Beamtenapparat unmöglich aufrecht erhalten werden könne; die Staatsbetriebe eingerechnet, veranschlagt der Beamtenapparat von Staat, Land, Bezirk u. Gemeinden 14 bis 15 Milliarden! Die neuen Steuerquellen belasten vor allem Handel, Industrie und Gewerbe, weil die Agrarier aus dem Staate immer mehr einen Agrarstaat machen wollen.

Parlament am 17. Jänner.

Prag, 11. Jänner. Das Präsidium des Abgeordnetenhauses beschloß in seiner heutigen Sitzung, für Dienstag, den 17. Jänner, um 3 Uhr nachmittags eine Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses einzuberufen. Die Sitzung erfolgt hauptsächlich zu dem Zweck, um die Vorlegung des Entwurfs über die Gläubigenanstalt u. z. die zu den bereits bekannten Bedarfsvorlagen gehört und im Budget auch bereits mit einer Einnahme von 10 Millionen figurieren zu ermöglichen. Die Vorlage dürfte dann auch vom Senat bald erledigt werden, da ja die Regierung ein Interesse daran hat, daß die Treuer baldmöglichst tritt. Allerdings haben die Wirtschaftsminister die Betätigung der Vorlage heute noch nicht abschließen können; sie wurde auf morgen verlegt.

Auch bezüglich der weiteren Programmpunkte (Zinsfußherabsetzung, Senkung des Preisniveaus, Kartelle) wurden noch keine endgültigen Abmachungen getroffen. Wie man weiter erzählt, beschloß sich die Wirtschaftsminister noch mit einer Aenderung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb, es soll

verbündert werden, daß, wie es bei der jetzigen Praxis möglich ist, Detailhändler wegen unlauteren Wettbewerbes belangt werden können, weil sie gewisse Markenartikel zu billigeren Preisen verkaufen, als die Produzenten es vorziehen.

Auf der Tagesordnung der bereits eintretenden Plenarsitzung stehen zwei Zusatzprotokolle zum Handelsvertrag mit der Schweiz, die Verlängerung des Kopfenabkommens mit Deutschland, des Grenzabkommens mit Rumänien, Fristverlängerungen und Annahmestellen.

Der Landesauschuss für Böhmen behandelte in seiner Sitzung vom 11. Jänner außer laufenden Angelegenheiten 384 Gemeindehaushalte und 29 Gemeinden die Genehmigung verschiedener Gemeindeumlagen und Gebühren einzubringen. Für Meliorationen und Wasserbauten bewilligte der Landesauschuss Zuschüsse im Gesamtbetrage von 755.000 Kronen.

Tschechoslowakische Kohle nach Österreich. Dr. Vertreter der Ostrauer Kohlengruben werden in der nächsten Woche in Wien anzureisen, um über eine definitive Regelung der Belieferung der österreichischen Staatsbahnen mit Ostrauer Kohle zu verhandeln.

Wie gehts, lieber „Tag“?

Da soll der „Tag“ vollgeschrieben werden und es gibt nichts als Dinge, die man dem Leser nicht sagen kann. In Dresden haben die rauen Krüger einen Kameraden ermordet und sind nach Italien geflohen, wo solche Verbrechen gern gesehen sind. Als der Anführer wird vor aller Welt ein nationalsozialistischer Landtagsabgeordneter bezeichnet. Der kranke Straßer führt während seines Urlaubs politische Verhandlungen mit Schließer, während der Sozialist Dittler im Hause des Großbankiers mit den feinen Herren gegen den General intrigiert, der den Eisenmagneten zu „Sozial“ ist. Im Hauptquartier des Opa ist die Grippe ausgebrochen und ein Führer nach dem anderen muß auf Erholung geschickt werden. In Wien hat sich der Pö. Van Austrija den schönen Namen Heinz Raimund gemacht — warum nicht, wo Pö. Van Eucharist jetzt Suchenowitz heißt! — und möchte mit dem alten Namen die Vergangenheit als Dieb vergessen machen. Der Wiener Kaufmann Frauenfeld wird als literarischer Dieb entlarvt und als folgerichtiger Kuriosität verhöhnt — aber der Kugel, Jatzwohl der Kugel — aber nur wegen des „Kocher“, nicht wegen des „Diebs“, und wehe, Watan, wehe, jetzt wird ihm die Arbeitserziehung vor Gericht nachgewiesen, daß er sich hat was kosten lassen, um im Spital der israelitischen Kulturgemeinde von jüdischen Ärzten und Schwestern bei Gollfer, Schöler und Kugel gesund gepflegt zu werden. Vizebürgermeister Prof. Geber produziert in Karlsbad die Beamtenpolitik des Dritten Reichs aus und in Fischern feiert die nationale Sammlung unter nationalsozialistischer Führung den ersten großen Triumph. Vor lauter interessanten Nachrichten weiß man in der Schriftleitung nicht, was man früher verschweigen soll. Und wenn nur für einen Tag! Denn Zeit gewonnen, Leben gewonnen!

Da fehlt es jedoch an Stoff, daß die Schriftleitung sogar bereit ist, Aufsätze aus dem „Sozialdemokrat“ abzurufen. Die offenen Briefe des Genossen Gruschka an Herrn Johann Bajer hat sie nicht gebracht, dafür entschädigt sie ihn jetzt. Im „Tag“ werden Stellen seines Beitrags vom 6. d. M. „Medizinsozialismus und Tuberkulose“ abgedruckt. Aber leider verdirbt sich der „Tag“ diese günstige Gelegenheit, endlich einmal seinen Lesern vernünftige Gedanken in einem anständigen Deutsch vorzulegen. Wenn von Fassungen die Rede ist, kann der Verlockung nicht widerstanden werden! Und so werden die Bitate aus Gruschkas Aufsatz so herausgeholt, so montiert und so adjustiert, daß die Polemik gegen den Autor „dres“ zu „Dreijagen“, zur „Abkantung“ und zur „Züchtigung“ der „Herren Redakteure“ umgedichtet wird.

Wieviel des Schwindels! Wir in der Redaktion verstehen nichts von Medizin, wir können fachwissenschaftliche Behauptungen nicht nachprüfen und in der Frage der Tuberkulosebekämpfung scheitern uns die Darstellungen des Autors „dres“ ein wichtiger Diskussionsbeitrag. Wir haben durch diese Bezeichnung in unserer Einbegleitung jede eigene Verantwortung abgelegt. Wir haben deshalb auch die Entgegnung des Genossen Dr. Gruschka, — wohlgerichtet, die Entgegnung gegen den Autor „dres“ — für welche Genosse Gruschka auch wieder selbst die Verantwortung trägt gerne aufgenommen und nicht „veröffentlichen müssen“, was „Der Tag“ behauptet und als besonders „gelungen“ hinstellt. Wir hier im „Sozialdemokrat“ bemühen uns nämlich, wirklich die Wahrheit zu finden und den Arbeitern zu sagen, wir scheuen keine Auseinandersetzungen und keine Belehrungen von Fachkundigen.

Also, das wäre dem „Tag“ vorbeigelungen. Vielleicht bringen wir ihn doch dazu, über Politik zu reden. Das ist nämlich im Gegensatz zur Medizin unser eigenes Fach, hier in der Redaktion. Also wie gehts in München? Alles gesund um Hitler? Die Herren Röder schon in Audienz bei Mussolini gewesen? Die nationale Einheit in Fischern durch den Meinelid wieder geleimt?

Wieder ein kommunistisches Unternehmen verkracht.

Die Vorgänge in der „Internationalen Arbeiter-Flamme“.

Der Feuerbestattungsverein „Flamme“ hatte früher einen Sekretär namens Bachmann. Dieser Herr mußte in seinem Amt entfernt werden, worauf er, zusammen mit seinen kommunistischen Gefinnungsgenossen, eine Konkurrenzunternehmung gründete, die „Internationale Arbeiter-Flamme“. Für diesen Verein wurde im ganzen süddeutschen Gebiet sehr eifrig und nicht erfolglos geworben. Insbesondere Arbeiter liebten sich verleiten, ihm ihre Groschen zu opfern.

Nun hat sich dieser Bachmann mit der Kommunistischen Partei überworfene, die daraufhin gegen ihn schweres Beschuldigungsaufgebot und über die Wirtschaft in dem Verein in ihren Blättern folgendes sagt:

„Die Organisation ist finanziell auf keiner gesunden Grundlage aufgebaut. Im Jahre 1931 betragen laut gedrucktem Kassendbericht des Vorstandes die Verwaltungsausgaben 65 Prozent der Gesamtausgaben! Die Eintrittsgebühren sowie die Beiträge der außerordentlichen Mitglieder zu mindestens 1000 K wurden in laufender Rechnung verwirtschaftet,

so daß die „Arbeiter-Flamme“ über keinen blauen Heller Reservefonds oder Rücklagen verfügt.

Die Mitgliederzahlen beginnen zu begriffen, daß dies ein durchaus ungesunder Zustand ist, der keine Gewähr für die Erfüllung der Verpflichtungen des Vereines gibt. Ebenso wurde der vor mehr als Jahresfrist eingeleitete außerordentliche Unterhaltungsbeitrag, für den 1 K monatlich bezahlt wird und der im Sterbefall 1000 K ausbezahlt soll, überhaupt nicht separat verrechnet und gleichfalls verwirtschaftet (Siehe Kassendbericht in der „Arbeiter-Flamme“ vom Mai 1932).

Die Prophezeiung Bachmanns, daß per 1. Jänner 1933 10.000 Mitglieder vorhanden sind und dadurch die Rechte der Mitglieder entgültig ge-

Radlotechnik und Arbeiterschaft.

Unter diesem Titel hielt Ing. Genosse Bruno Soigt-Berlin auf der Hauptversammlung des Freien Radiobundes in Teplitz ein Referat folgenden wesentlichen Inhalts: Der alte Menschheitsstraum, in die Ferne zu streifen, ist in so wunderbarer Weise zur Tat geworden, daß wir mit Ehrfurcht der modernen Technik gegenübersehen. Wenn ich hierbei die Eisenbahn anführe, so geschieht das nur aus dem Grunde, Ihnen das Verständnis für die Grobheit der Radlotechnik zu übermitteln. Vergewegen wir uns doch einmal, wie der Mensch früher die Naturkräfte meisterte! Er war gewohnt, große Massen mit Tier- oder Menschenmüssen zu bewegen. Erst durch Erfindung der Dampfmaschine und damit der Eisenbahn ist zum erstenmal die Lastfrage zur Wirklichkeit geworden, daß wenig kleine Wassermoleküle in zusammengeballter Form Riesiges leisten konnten. Und nun entsteht, 80 Jahre später, eine gleiche Revolution, in der wir uns gegenwärtig noch immer befinden, die Entdeckung der elektromagnetischen Welle. Durch sie erst konnten wir den Begriff der Relativität erfassen, denn sie hat, in alle Wissensgebiete eingreifend, die Welt buchstäblich auf den Kopf gestellt. Die Radlotechnik hat uns gezeigt, daß unsere Schulweisheit von der Unteilbarkeit des Atoms falsch ist, und zur Entdeckung der sogenannten Quantentheorie geführt. Das wichtigste aber, was sie uns als Arbeiter ganz besonders unwägend zeigte, ist die völlige Umkehrung der physikalischen Begriffe.

Von jeher wurde das Starke, das Gute, das Potente und das Treibende im Zusammenhang mit einem Geschwinde immer als positiv oder recht (richtig) bezeichnet und das Schwache, Schlechte, Potente als negativ oder links (linkisch); denken wir speziell an die politische Abstufung, wie sie die herrschende Klasse getroffen hat: Rechte (gute Herrenmenschen), Mitte (schwankendes Bürgertum) und Linke (minderwertige Arbeiterklasse). Hier zeigt uns nun die Radlotechnik: Was ihr Menschen da bisher als richtig hingenommen habt, ist so falsch! Denn ich zeige und beweise euch, daß das Negativ positiv und das Positive negativ ist!

Kann uns das nicht auch rein politisch gesehen zum Denken geben? Gibt uns hier nicht die Natur selbst ein Mittel in die Hand, die positiven Arbeitermüssen aufzurütteln!

Aber kommen wir nochmals auf die Zeit vor 100 Jahren zurück! Wir finden, daß der damalige Mensch auf einem Planeten lebte, der ihm riesengroße erschien. Erst nach der Erfindung der Eisenbahn schrumpfte der Erdball für den Menschen — bildlich gedacht — stark zusammen. Aber die Radlotechnik machte aus der Erdkugel ein Kügelchen; laßt doch die elektromagnetische Welle in einer Sekunde 7,5 mal um die Erde! Aber noch etwas weit Wichtigeres hat die elektromagnetische Welle, welche sich radikal ausbreitet (hoher der Rame Radiol), an sich: sie kennt, da sie nicht erdgebunden ist, keine von Menschenhand gezogenen Grenzen!

Und noch einmal 100 Jahre zurück! Die erste Maschine ist da! Der Prolet fühlt instinktiv, daß die Maschine seine Arbeitskraft illusorisch macht, er kann sich nicht anders helfen, als seinem Feinde zu Leibe zu gehen und wird Maschinenstürmer. Erst durch die moderne Arbeiterbewegung begreift er, daß erstens einmal seine Anochen schwächer sind als die der Maschine, und daß zum zweiten die Maschine ihm dienen könnte, wenn sie nicht Werkzeug in der Hand des Kapitals wäre.

Diese Erkenntnis ist heute sogar soweit gediehen, daß derselbe Mensch als Voller diese Maschinen nachbaut, denn er weiß, daß er seinem Hauptfeind, dem Kapitalismus nur zuleibe geben kann, wenn er sein Wissen schenkt.

Bei Betrachtung der Arbeiter-Radio-Bewegung könnte man nun zu der Ansicht gelangen, daß es sich hier für die Arbeiterschaft hauptsächlich um eine rein kulturelle Angelegenheit handelt, die vielleicht ebenso gut von der Partei, den Gewerkschaften und den übrigen Kulturverbänden der Arbeiterschaft erledigt werden könnte. Wer aber die besondere Art des Rundfunkens begriffen hat, wird sofort finden, daß in dieser kulturellen Frage auch die Technik ein wichtiges Wort mitzusprechen hat. Darüber hinaus ist die Radlotechnik gezeigtes, Wissen in der Arbeiterschaft zu verbreiten. Sie kann aber immer nur Mittel zum Zweck sein!

Betrachten wir deshalb einmal die technische Seite der Radlotechnik. In jedem Menschen liegt ein Spieltrieb, der im Basteien seine Befriedigung findet. Es ist aber völlig verfehlt, wenn der einzelne sich hinstellt und aus 1000 Streichhölzern ein Eiffelturmmodell oder aus einer Anzahl Konservendbüchsen und Draht ein Schiffmodell baut. Aufgabe der Arbeiterbewegung ist es auch hier, planmäßiges Basteien zu bahnen und damit das technische Wissen und Denken zu fördern und anzuregen. Hier hat die Arbeiter-Radio-Bewegung eine Aufgabe zu erfüllen, die sich, wenn auch erst in Jahrzehnten, zum Segen der Arbeiterbewegung auswirken wird. Es ist auf jeden Fall förderlich, wenn die technischen Vorgänge des

schert sein werden, hat sich ebenfalls nicht erfüllt. Nach seiner eigenen Angabe sind gegenwärtig nur 18.000 K€ Schulden bei Zeitschriften-Verlagsunternehmen vorhanden. Tatsache ist, daß einzelne Sterbefälle nur in Katalogangaben (1) honoriert wurden und überdies Funktionäre der „Arbeiter-Flamme“ unangenehmerweise zahlreiche Mahnungen der ungeduldrigen Gläubiger (Reichenschatler) über sich ergehen lassen mußten. Und wieder sind es hunderte Arbeiter, die durch kommunistische Unfähigkeit und Niedertracht um ihre sauer verdienten Groschen kommen. Wann werden sie belehrt sein?

Rundfunk, der kurzen Welle, des Fernsehens, des Tonfilms, der elektrischen Musik und in ganz besonderer Maße der Verstärkeranlagen dem Arbeiter klar gemacht werden. Ich möchte hierbei ganz besonders auf den propagandistischen Wert der Lautsprecheranlagen für Wahlkämpfe u.ä. hinweisen und habe aus diesem Grunde auch den Tonfilm erwähnt, denn Tonfilm ist — worüber sich viele Vorkler nicht im Klaren sind — auch ein Stück Radlotechnik.

Neben diesen Aufgaben wird es von besonderer Wichtigkeit sein, den Arbeiterhörer beim Kauf von Empfängern und deren Bedienung mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, den Arbeiterorganisationen einen Stab von geschulten Genossen für die Bedienung der Lautsprecheranlagen zur Verfügung zu stellen und diese Anlagen selbst in Wartung und Pflege zu nehmen. Und ist es nicht eine dankbare Aufgabe, wenn die Techniker der Arbeiter-Radio-Bewegung die Massen immer wieder darauf hinweisen, daß die Empfängergeräte noch viel zu teuer sind, wenn sie ihnen anfallen, wie die Apparate durch die profitheißende Fabrikation künstlich verteuert werden und der Groß-, Groß- und Kleinhandel auch daran verdienen wollen? Es ist vorgekommen, daß ein in Fabrikation hergestellter Apparat, nur 300 K€ kostend, mit 1500 K€ verkauft wurde, weil die gefertigte Serie von 10.000 Stück nur zu 40 Prozent abgesetzt werden konnte und der Rest verschrotet werden mußte; daneben aber der Großhändler noch 30 Prozent und der Kleinhändler weitere 33 Prozent aufschlugen. Eine weitere Aufgabe ist die Behandlung „kranker“ Radiorezeptionsgeräte, die bei sogenannten Fachleuten nicht immer „fachmännisch“ repariert werden.

Wenden wir uns nun dem kulturellen Gebiet der Radlotechnik zu. Hier muß in erster Linie darauf hingewiesen werden, daß die Arbeiter-Radio-Bewegung sich als Glied der Arbeiterbewegung fassen muß; daß nur in engster Fühlungnahme mit der Partei und den Gewerkschaften Ersprießliches geleistet werden kann.

Es ist bekannt, daß das gesprochene Wort viel mehr pöden kann, als das gedruckte. Kann man, wie beim Tonfilm, dem gesprochenen Wort ein gesteigertes Bild hinzufügen, dann ist der Eindruck ein vollkommener und unermesslicher. Es wird nicht mehr allzu lange dauern, und der Tonfilm wird durch das Fernsehen scharf sekundiert werden. Und nun stellen Sie sich vor: Der Rundfunk kennt keine Grenzen, er dringt in jede, noch so kleine Hütte, das gesprochene Wort hat eher den Empfänger erreicht, als der Schriftsetzer seine Typen zur Hand nimmt, und ein Mensch sieht vor dem wenigsten Mikrophon, das Millionen Menschen alles übermitteln, was der eine Mensch zu sagen hat! Hier ist dem Menschen ein Instrument in die Hand gegeben, sich unabhängig Gehör zu verschaffen.

Die Gegner der Arbeiterschaft haben sofort erkannt, daß dieses Beeinflussungsmittel eine Macht darstellt, die man sich nicht entgehen lassen darf. Glücklicherweise waren die meisten Staaten so klug, dieses Machtmittel sofort zu monopolisieren, aber nicht klug genug, die Sender zum Sprachrohr des Volkes zu machen. Man hat in fast allen Staaten Angst, daß ein Volksgenosse etwas sagen könnte, das regierenden Herren nicht paßt, und zu diesem Zweck schuf man den schönen Begriff „Rundfunkneutralität“. Um die Neutralität aber zu wahren, griff man zu dem Mittel der Zensur. Eine Neutralität im wahren Sinne des Wortes wäre nur dann vorhanden, wenn alle sachlichen Meinungen dem Volke übermitteln werden könnten, damit sich jeder Volksgenosse ein Bild machen könnte über die einschlägigen Politik.

Es wird immer wieder gesagt, daß der Arbeiter von den Rundfunksendungen wenig oder garnichts hat. Ist dieser Einwand berechtigt oder nicht? Der überwiegende Prozentsatz aller Radiohörer sind Arbeiter aller Berufe, deshalb ist auch ihre Förderung gerecht, den überwiegenden Teil der Sendungen für den Arbeiter zuzuschneiden. Dies paßt aber bestimmten, am Sender interessierten Kreisen nicht.

In weit größerem Maße als bisher muß das Augenmerk auf den Schulkind gerichtet werden. Die Beeinflussung der Frauen und Kinder ist eine so große Gefahr, daß sie nicht leicht genug aufgezeigt werden kann. Hier wird die Arbeiter-Radio-Bewegung dazu übergehen müssen, spezielle Abhörskanden in größerem Forum abzuhalten, in denen den Frauen und Kindern Vergleiche zwischen bürgerlicher und sozialistischer Moral geboten werden können.

Aber auch die populäre Erklärung schwerer Musikstücke ist ein sehr wichtiger Punkt, auf den sich die Arbeit konzentrieren muß. Der Arbeiter kann aus sich heraus nur in den seltensten Fällen Kulturverständnis aufbringen, dagegen ist die Gefahr der Verhöhnung seines musikalischen Empfindens sehr groß, wenn man an die leichte Musik oder gar an die aufpeitschenden Militärmärsche denkt.

Erschütternde Ziffern.

In unserer Dienstausgabe wurden die 15 Bezirke mit den größten Arbeitslosenzahlen genannt, um darzutun, daß die Not in den deutschen Gebieten weit größer ist als in den tschechischen. Wie es in diesen Bezirken in Wirklichkeit aussieht, werden wir erst gewahr, wenn die Arbeitslosenziffern neben die der Gesamtbevölkerung gestellt werden und errechnet wird, wieviel Prozent der Gesamtbevölkerung arbeitslos sind. Nach dieser Aufstellung zählt man:

Im Bezirk:	Arbeitslose:	24,2 Prozent
Rudolfs	18,7	
Graslitz	15,7	
Böhm.-Leipa	17,1	
Hild	14,8	
Gablonz	13,6	
Tranau	13,4	
Karlshof	11,4	
Komaun	11,2	
Teplitz	11	
Bräu	10,3	
Reichenberg	10	
Pilsen	8,1	
Aussig	6,8	
Prag	4,8	

Jetzt man weiter in Betracht, daß nur ungefähr 50 Prozent der Gesamtbevölkerung in Industrie, Handel und Gewerbe tätig sind, dann weiß man, daß es Bezirke gibt, in denen nahezu die Hälfte der Arbeiterschaft brotlos ist. Ebenfalls ist aus diesen Zahlen zu ersehen, daß von dem größten Elend, das die Arbeitslosigkeit mit sich bringt, wie schon dargelegt wurde, die deutsche Arbeiterschaft am schwersten getroffen wird.

Heilfürsorge für Arbeitslose und deren Familienangehörige.

Von dem Bestreben geleitet, die Lage arbeitsloser Familien im Krankheitsfall zu mildern, werden vom Ministerium für soziale Fürsorge im Einvernehmen mit dem Ministerium für öffentlichen Gesundheitswesen und körperliche Erziehung Heilfürsorgemaßnahmen für Arbeitslose und deren Familien vorbereitet. Im Rahmen dieser Aktion soll dafür gesorgt werden, daß den Arbeitslosen ärztliche Hilfe geleistet wird und daß denselben Medikamente sowie Heilmittel zukommen.

Einen Bestandteil dieser Hilfsaktion bildet vor allem die kostenlose ambulante Behandlung in öffentlichen Krankenhäusern, verbunden mit der kostenlosen Gewährung von Medikamenten und Heilmitteln, für welche Zwecke das Ministerium für öffentlichen Gesundheitswesen und körperliche Erziehung aus dem Ertrag des Sanitätszinkhofes Mittel zur Verfügung stellt.

Außer der von den Gemeinden besorgten Heilfürsorge, mit deren Mitarbeit gerechnet wird, werden ferner in die Aktion eingegliedert die Heilanstalten der Krankenderversicherung, anhalten und der sozial-gesundheitslichen Verantwortung. Eine Ergänzung dieser Maßnahmen soll die Hilfe derjenigen Kerycorganisation bilden, welche sich der Aktion zur Verfügung stellen und die Hilfe der freiwilligen sozialen und gesundheitslichen Fürsorge bilden. Als Kostenbeitrag zur Deckung der mit diesen Maßnahmen verbundenen Kosten wurde von der Zentralsozialversicherungsanstalt ein größerer Beitrag zur Verfügung gestellt, der ergänzt werden wird durch die Mittel, welche das Ministerium für soziale Fürsorge den Bezirksjugendfürsorgern zur Deckung der Ausgaben für Kinder arbeitsloser Familien gewährt.

Die zentrale Leitung der Aktion wurde einem beim Ministerium für soziale Fürsorge errichteten Zentralbeirat für Heilfürsorge anvertraut, zu dessen Mitgliedern die Vertreter der interessierten Ministerien (soziale Fürsorge, öffentlichen Gesundheitswesen, öffentliche Arbeiten, des Innern), der Zentralorganisationen der Krankenderversicherungsträger, der Keryc- und Apothekervereinigungen, der Hauptzentralen der Arbeitnehmer-Gewerkschaftsorganisationen, der Verbände der territorialen Selbstverwaltung und der Zentralorganisationen der freiwilligen gesundheitslichen und sozialen Fürsorge gehören. Alle diese Organisationen haben sich bereit erklärt, bei der Aktion mitzuwirken.

In den Bezirken wird die Aktion von Bezirkskomitees durchgeführt werden, die zusammengesetzt sind aus den Vertretern der örtlichen Körperschaften der öffentlichen und freiwilligen Gesundheits- und Sozialfürsorge. Die Bezirkskomitees sollen von den einzelnen Bezirksbehörden in der allernächsten Zeit einberufen werden.

Die Aktion soll schon in diesem Monat ins Leben gerufen werden.

Überall dieselben Sorgen.

Auch Oesterreich drohelt den Autobusverkehr. Wien, 11. Jänner. Den Interessentenorganisationen wurde dieser Tage der Entwurf der Novelle zu dem österreichischen Gesetz über die Autobuslinien vorgelegt, die den Zweck verfolgt, eine weitere Autobuskonkurrenz für die Bahnen zu verhindern. Indem den Bundesbahnen ein weitestgehender Einfluß auf die Autobusunternehmen, deren Fahrpläne und Tarife erzwungen werden soll, durch die Novelle soll auch die Möglichkeit der bisherigen Autobuskonkurrenz abgefragt und der Speditionstransport durch Autobusse eingeschränkt werden.

Ein Mord und sein Milieu.

Der 33jährige Schlosser und SA-Mann Herbert Hensch hat von seinem Vorgesetzten, dem SA-Sturmführer Rudolf Schenk, den Befehl erhalten, am späten Abend des 4. November 1932 im „Königshof“ zu Strehlen bei Dresden zur Entgegennahme eines besonderen Auftrages gestellt zu sein. Hensch empfand den Auftrag als Auszeichnung und als Beweis dafür, daß die Unstimmigkeiten, die in der vorhergegan-



Der ermordete Hensch

nen Zeit zwischen ihm und seinem jüngeren Freunde Schenk bestanden, beseitigt seien. In SA-Uniform und allem, was dazu gehört, bezieht sich Hensch nach herzlichem Abschied von Mutter, Schwester und einem befreundeten Besucher der Familie, zum Bestimmungsort. Drei SA-Leute erwarten ihn. Ein Motorrad mit Beiwagen rast bald darauf mit den vier Leuten durch die Nacht gegen die Talsperre Malter. Hensch kehrt nicht zurück. Er ist auch am Wahlsonntag, dem 6. November, nicht wieder zurück. Er tritt auch am Montag in der nationalsozialistischen „Sturm“-Zigarettenfabrik nicht seine Arbeit an. Im Herzen der Mutter wächst die Angst. Der Junge ist ihr Stolz. Er ist brav. Er ist ihr Ernährer.

Die Frau hat gute Tage gesehen. Erst als Gattin eines höheren kaufmännischen Beamten, der tödlich verunglückte, als Herbert Hensch noch in den Kinderschuhen lag, später mit ihrem zweiten Mann, einem Fabrikanten. In der Inflation geht die Fabrik zum Teufel, das Leben wird beschiden. Herbert, einst zu Besseren erschienen, muß Schlosser lernen und er wird ein guter und fleißiger Nacharbeiter, der mit seinem Verdienste den Haushalt über Wasser hält.

Bisher hat er sich um politische Dinge nicht gekümmert. In einer Periode der Arbeitslosigkeit verläßt er den berauschenden Phrosen der Hitlerleute. Alles, was an echtem Glauben und echter Begeisterung in ihm steckt, glüht auf, entzündet sich an den Freischütern, die über dem nationalsozialistischen Kampf sitzen. In Treue dient er der Partei. Bald ist er Gruppenführer und erhält die Stellung eines Nachrichtenmannes.



Die Mutter des Totschöpfers

So weiß er bald um heiße Dinge. Er ist Vertrauensmann. Das weiß die Mutter und auch darauf ist sie stolz. Darum läßt sie erst Tage verstreichen, ehe sie Fragen stellt und ihre Angst dem Freunde der Familie, dem Kaufmann U. anvertraut, wissend, daß ihr Junge das erfüllen muß, was er für seine Pflicht hält. Der Kaufmann forscht. Bevor die Vernehmungen bei der Polizei eingebracht wird, spricht er mit Rudolf Schenk, von dem er weiß, daß er dem Verschleierten den „besonderen“ Auftrag erteilt. Schenk weiß von nichts. Immer und immer wiederholt er: „Hensch habe ich seit Wochen nicht gesehen!“ Auch auf der Polizei weiß man nichts. Die Spitzen der NSDAP in Dresden wissen nichts. Sie haben für die verzeihliche Mutter kein Wort der Verurteilung. Der nationalsozialistische „Freiheitskampf“ lehnt es ab, einen Anruf zu veröffentlichen, in dem sie um Anhaltspunkte für die Aufklärung des Rätsels ersucht. Ihre Briefe an Hitler und Röhm bleiben ohne Antwort. Das Dunkel will sich nicht lichten.

Nach einer Woche erhält sie aus München endlich ein Schreiben vom Oberführer Seydel: „... Ihr Briefdurchschlag an den Stadtschef ... mit zur Beantwortung übergeben. In meinem Bedauern ... gönzlich unbekannt ... weil Hitler!“ Dieser selbst, ohne dessen Wissen und Willen angeblich in der großen Partei nichts geschieht, schweigt weiter.

Immer wieder kreisen die Gedanken der beiden suchenden Menschen um einen Punkt und immer wieder finden sie bei dem einen Namen:

Schenk. Herbert Hensch, der nicht lag, nannte diesen als seinen Auftraggeber. Die Beiden waren Freunde. Im Jänner des letzten Jahres war es, daß Schenk dem Freunde sein Bild gegeben hat. Auf die Rückseite hat er in dieser Schrift hingeschrieben: „Glaube! Kraft! Sieg! Rudolf Schenk.“ Im Sommer noch hatte eine fröhliche SA-Gesellschaft, bei der auch Hensch mitwirkte, von einem Ausfluge an die Familie eine Karte geschickt, auf der als erster Rudolf Schenk unterschrieben war. Die Namen Eugen Meyer und Friedrich Fränkel standen gleichfalls dort. Sturmführer Schenk, der in der Nachrichtenabteilung des Dresdner SA-Führers, des Landtagsabgeordneten Dr. Bennede beschäftigt ist, der als Vorgesetzter den Befehl an Hensch gab, der mit ihm vertraut war, wußte also Bescheid wissen. Zwar gab es manchmal Differenzen zwischen den Beiden, denn Hensch konnte wegen seiner Arbeit in der Fabrik nicht mehr so viel SA-Dienst machen wie früher und Schenk wollte ihn deshalb degradieren. Auch waren da zwischen den Beiden Briefe hin und her gegangen, die sich auf das nicht einwandfreie Verhalten Schenks in privaten Dingen bezogen, und Hensch hatte die Absicht geäußert, aus der Bewegung auszuscheiden.

Hier liegt wahrscheinlich die Wurzel alles dessen, was die nächsten Wochen aufdecken. Denn da Hensch um Dinge weiß, die nicht für die



Der Mörder Schenk

Öffentlichkeit bestimmt sind, darf er der Beschlagene der SA nicht entweichen.

Und da erhält der Geheimdienst des Herrn Dr. Bennede den Auftrag, den SA-Mann Hensch zu beseitigen.

Aber das alles weiß die Mutter nicht. Sie vertraut noch immer der Polizei. Wähle sie, wie sehr man dort den SA-Sturmführer Schenk schätzt, wie sehr man von seiner Anständigkeit überzeugt ist, ja, wie fröhlich man sich dort von ihm an der Kasse heranzuführen läßt, sie habe ihre Hoffnung bald auf. Vielleicht ist ihr nicht so klar wie den SA-Leuten, daß die deutsche Polizei von Nationalsozialisten durchsetzt ist; vielleicht weiß sie nichts von dem feinerzeitigen Telegramm des Tjaf an die Mörder von Potempa, mit dem er ihnen fundiert: „Care Freiheit ist die Ehre der Partei!“

Die troffen Widersprüche, in die sich Schenk gegenüber dem Freund der Familie verwickelt hat, geben dem Kriminalrat Vogel nicht zu denken. Schenk darf bei einem lebenswürdigen Verhalten unkontrolliert ein Telefongespräch mit dem großen Unbekannten führen, von dem er sich angeblich der Schweigepflicht entbinden lassen muß. Er darf dann das Polizeipräsidium samt dem Herrn Kriminalrat nach Thorandt dirigieren, um mit dem Geheimnisvollen persönlich zu sprechen, er darf sogar ganz allein in das Haus des Unbekannten gehen und dort so — auf Nummerwiedersehen verschwinden. Trotzdem wird keine Grenzsperrre, wird keine Kontrolle der Briefsendungen ins Ausland verfügt. Man schreibt den 10. November.

Erst volle acht Tage nach der Mordtat Schenks, also am 18. November, gehen der Staatsanwaltschaft die Akten über den Fall Hensch zu und erst jetzt werden Haftbefehl und Steckbrief erwirkt. Da ist Schenk längst in Polen und mit ihm die SA-Leute Friedrich Fränkel und Bogel, den nach einer unwiderrprochenen Meldung der „Vossischen Zeitung“ Herr R. M. Dr. Bennede eigenhändig verbunden und gelobt hat, als Beweis von einem geheimnisvollen nächtlichen Ausfluge mit einer Vernehmung zurückgekehrt ist. Die Strafen der SA, die nicht nur geheime Meldungen weitergeben, sondern auch Nationalsozialisten, die heimlich verfolgt werden, ins Ausland befördern, arbeiten flinker als die Dresdner Polizei ...

Noch schreien die Zeitungen der Halenkreuzler „Reimord“, noch kolportieren sie das Gerücht, Hensch habe verräterischerweise einer französischen Nachrichtenstelle in Prag Material über die Schwarze Reichswehr überbracht, — obwohl längst festgestellt ist, daß Hensch niemals im

Auslande war, — als die Dezemberfröste das Rätsel um den Verschollenen enden. Der vermisste Leichnam kommt am zweiten Weihnachtstagsabend an die Oberfläche der Talsperre. Der tote Mund schweigt. Aber das keine Bild des Schenk, in Fremdschiffen dem Freunde gewidmet, erhält in der Hand der Mutter unheimliches Leben. „Glaube! Kraft! Sieg!“ Der Glaube des Gemordeten ward ihm zum Verhängnis. Die Kraft der Treue, die ihn in die Nacht schleppten, war mehr als seine einzelne. Den Sieg über den reinen Toren errang die Verkommenheit von Hitlers Landsknechten.

Die SPD in Dresden, an die sich die Hinterbliebenen wandten, nachdem sie von der Hitlergesellschaft verlassen und verraten waren, hat in einer kleinen Broschüre „Der Dresdner Reimord“ die Einzelheiten des Falles Hensch dargestellt. Gegen diese Broschüre hat Adolf Hitler eine einseitige Verfügung erwirkt, da er sich durch den Untertitel „Ist Hitler mitschuldig“ in seiner Ehre gekränkt fühlte. Unterdes beginnt die Mühle der Staatsanwaltschaft langsam zu mahlen. Eugen Meyer ist verhaftet, Dr. Bennede seiner Immunität entkleidet worden. Aber Kriminalrat Vogel flieht noch nicht. Und dem Zugriff der Justiz ziemlich tabulal entzogen sind Schenk und seine Spießgesellen. Das faschistische Staffeln wird die deutschen Brüder nicht ausliefern.

In dieser Kampfschüttelten Zeit ist es gewiß die Jugend, die ohne Erfahrung und deshalb ohne Hoffnung und darum am tiefsten leidet. Deshalb konnte die Hitlerbewegung neben Abenteurern und Abschaum auch so viel echte Sehnsucht einbringen, so viele gut veranlagte junge Menschen, in deren Köpfen die nebelhaftesten Vorstellungen vom „Aufbruch“ Deutsch-

lands, von „Freiheit“ und „Eroismus“ spuken. Zur Anbetung des Göpen „Tjaf“ gedrillt, über die wahren Ursachen von Deutschlands Not gesellschaftlich in Blindheit gehalten, zum Lügen erzogen, zu Waffeneinheiten am lebenden Ziel geübt, mit den verderblichen Begriffen von „Ehre“ erfüllt, tannelt diese Jugend hinter den Schlagworten ihrer Führerreligion und der schauerhaften Tragik der Zeit. Die Organisationen, die Hitlers Privatarmee bilden, sind die Säualität der Offiziere und Unteroffiziere aus der Epoche der Freikorps. Vom Edenhotel über Kapp und Eggeck, Ehrhard, den Rathenauord über die Schwarze Reichswehr geht eine gerade Linie zur Talsperre Malter und der — Fahrlässigkeit der Polizei. Den Verführten diese Zusammenhänge aufzudecken, mühte fast ein Wunder geschehen. Aber die organisierte, ehlich ringende Arbeiterschaft Deutschlands wird ihr Bestes dazu tun, um dieses Wunder herbeizuführen.

Letzte Seite

Die Furcht, „gehenscht“ zu werden!

Dalle, 11. Jänner. (Fig. Draht.) Vier Mitglieder der hallenser Hitlerjugend, die ihrem inzwischen abgesetzten Führer Sidel die Scheiben eingeworfen haben und von diesem bei der Polizei angezeigt worden waren, sind seit einigen Tagen spurlos verschwunden. Anscheinend aus Angst vor der polizeilichen Verfolgung oder aber aus Furcht, von der Parteiliche „gehenscht“ zu werden. Unter den Verschwindenden befindet sich ein Gymnasiast, der von der Schule gewiesen wurde, vom Preukenkommissar Kähler aber amnestiert worden ist.

Militärgerichte gegen die spanischen Putschisten. Energrische Beschlüsse des Ministerrates.

Paris, 11. Jänner. Nach einem Berichte des „Journal“ haben die Madrider Regierungskreise den Eindruck, daß die Verantwortung für die letzten Ereignisse den kommunistischen Elementen zufalle, die fast überall die anarchistischen Syndikatsleitungen beherrschen und das gleiche Ziel verfolgen: Störung der Ordnung und Bekämpfung der Regierung, welche Form sie immer habe. Jetzt will die Regierung energisch mit diesen Elementen aufräumen und Ordnung schaffen.

Gestern nachts trat der Ministerrat zusammen und beschloß, daß alle im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen Verhafteten keineswegs vor ein Uebertretungsgericht, sondern vor ein Militärgericht gestellt werden sollen. In allen Provinzen, in welchen noch Unruhe herrscht, wird der Belagerungszustand verhängt und die Verhafteten nach den in dieser Situation gültigen Gesetzen abgeurteilt werden. Allen Polizeibehörden und den Leitern der Zivilgarden wurden neue Instruktionen in diesem Sinne erteilt.

Weitere Zusammenstöße

Auch in der Nacht auf heute waren in Sevilla und in Xeres wieder Unruhen zu ver-

zeichnen. In Sevilla soll eine Gendarmerieabteilung mit Schüssen empfangen worden sein. Die Mannschaft eines Polizeiautos nahm die Verfolgung der Täter auf und erschloß zwei Syndikalisten. In Xeres ist es zu einem Zusammenstoß zwischen Gendarmerie und Aufreihern gekommen, wobei ein Nachwächter getötet wurde.

Chérons Finanzpläne vom Ministerrat genehmigt.

Paris, 11. Jänner. Im Ministerrat legte Finanzminister Chéron im einzelnen seine Finanzpläne vor und schloß von die Regierung möge sich für die sofortige Wiederherstellung des Subaktualitätsgewichtes ohne Aufhebung einer Anleihe aussprechen. Der Ministerrat billigte diesen Vorschlag einstimmig. Chéron erklärte dann, wie schon gestern im Kabinettrat, daß er den Budgetfehlbetrag durch Einsparungen in Höhe von 526 Millionen und durch neue Strukturmaßnahmen in Höhe von 543 Millionen abdecken gedenke. Auch dieser Vorschlag wurde vom Ministerrat einstimmig angenommen.

Die Einheit, die sie meinen... Eine lehrreiche Versammlung in Komotan.

Unsere Partei veranstaltete am Montag, den 9. Jänner im Lagerkellerlokal in Komotan eine öffentliche Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Hans Vogel aus Berlin über das Thema „Deutschlands Kampf um die Freiheit“ sprach. Die Versammlung wies einen Massenbesuch auf, denn außer vielen hundert Sozialdemokratischen Arbeitern waren auch zahlreiche Kommunisten und Halenkreuzler erschienen, welche sich vorgenommen hatten, mit der Sozialdemokratie einmal gründlich „Abrechnung“ zu halten. Der Versuch mißglückte, obwohl sich die Kommunisten die denkbar größte Mühe gaben. Nach dem ausführlichen Referat des Genossen Vogel, das von der Versammlungsmehrheit mit stürmischem Beifall quittiert wurde, ergriff der Halenkreuzler Brechm das Wort, der alle alten Schläger aufwärmete, mit denen die Nazi seit Jahren vergeblich gegen die Sozialdemokratie operieren. Dann sprach der Kommunist Freund, der den Anwesenden einreden wollte, daß der einfachste Weg zur proletarischen Einheitsfront die rückfichtlose Bekämpfung der Sozialdemokratie sei. Von der Propaganda zur „Tat“ war dann nurmehr ein Schritt, der auch getan wurde. Als sich Genosse Kaufmann in der Debatte die Halenkreuzler vorknöpfte, inszenierten die Kommunisten einen Redenspielspiel, denn es ist ihnen anheimend weh, daß ein Sozialdemokrat den Nazis zu nahe trat. Der Säem steigerte sich zeitweilig derart, daß es schien, die Versammlung werde aufsteigen. Den Ermahnungen unserer Genossen gelang es aber schließlich, den Kommunisten begreiflich zu machen, daß sie der Arbeiterklasse einen schlechten Dienst erweisen, wenn sie sich während vor die Halenkreuzler stellen. Die Versammlung konnte dann in Ruhe zu Ende geführt werden. Für die Teilnehmer war sie insofern eine Lehre, als sie neuerdings den Nachweis erbrachte, daß die Kommunisten gar nicht daran denken, die wirkliche Einheitsfront des Proletariats wiederherstellen zu helfen. Abnen liegt vielmehr daran — und hierbei unterschieden sie sich nicht zu gering-

sten von den Hofentzweifeln, — durch eine ständige und verlogene Hege gegen die Sozialdemokratie die Abwehrkraft der Arbeiterklasse dauernd zu schwächen, — zum Gaudium der Kapitalisten, die davon den Vorteil haben und denen, solange es Kommanaj gibt, um ihre Herrschaft nicht bange zu sein braucht.

Gottwalds Erzählungen in Moskau.

In einer Rede, die der Tjaf der kommunistischen Partei der Tschekoslowakei, Herr Gottwald in Moskau gehalten hat — die Rede ist in der „Kommunistischen Revue“ und zwar im Heft 11/12, Jahrgang 1932, auf Seite 330 abgedruckt, erzählte Gottwald den Menschen, die dort saßen und natürlich keine Abnung von den Verhältnissen in der Tschekoslowakei haben, folgendes:

„In vielen Städten, wo wir im Jahre 1929 noch gar keine Stimmen hatten, haben wir bei den letzten Wahlen die absolute Mehrheit gewonnen.“

Es gibt sicherlich wenige Städte in der Tschekoslowakei, wo irgend eine Partei die absolute Mehrheit bei Wahlen gewonnen hat. Wo aber die Stadt ist, in der die Kommunisten die absolute Mehrheit haben, würde nicht nur in Moskau sondern auch in der Tschekoslowakei interessieren. Wir fordern also Herrn Gottwald auf, unsere Neugier zu befriedigen und uns jene Städte zu nennen, in denen eine kommunistische Mehrheit besteht.

Vom Rundfunk Freitag

Prag, 6.15: Gymnastik, 11: Schallplatten, 16.30: Deutsche Sendung; Oberhalb: Der Winterwandler und dessen Ausrichtung, 20: Kubarett. — Brünn, 12.30: Orchesterkonzert, 18.35: Deutsche Sendung; Zehrentonkonzert, 21: Tanzmusik. — Pilsen, 16.10: Orchesterkonzert, 19.20: Musikklub, 21: Unterhaltungsmusik. — Berlin, 15.30: Alle Lieber, 19.10: Chorgesänge. — Hamburg, 21.15: Ruffler der Gegenwart. — Königsberg, 20.10: Zinsozialkonzert. — Leipzig, 19.30: Opernensemble. — München, 20: Sereade für drei Stimmen. — Wien, 19.45: Volkstheaterabend.

Bei den Obdachlosen der Golem-Stadt.

Eine Reportage aus dem dunkelsten Prag.

Ein eisfalter Wind legt von der Moldau her, ein dichter Nebel lagert über dem Fluße, rüd brennen die wenigen Lampen, die den Hof beleuchten, die ganze Gegend ist wegen der furchtbaren Kälte fast menschenleer.

Ich schreite am Agnesloster vorüber und lenke meine Schritte längs des Raiz. Da ruft mich plötzlich eine Frauenstimme an:

„Komm, lieben wir uns ein wenig, Geheble!“

Eine arme Strohdachlerin sucht in dieser Eiskälte nach einer Rundschaft. Ein paar Schritte weiter kommen zwei auf mich zu, die eine ähnliche Anforderung an mich richten. Ich schüttle meinen Kopf und antworte den erstorenen Mädchen, um sie loszuwerden:

„Es ist zu kalt, legt mir lieber, wo die Wärmestube ist.“

Im Nu verändert sich der bisher „geschäftseifrige“ Gesichtsausdruck der beiden Strohdachlerinnen. Ein bedauerndes Lächeln bricht über ihre Lippen, die eine meint dann:

„Ach, mit dem ist nichts, der geht sich auch in die Bude wärmen!“

Die andere ist sogleich bereit, den Führer zu machen, und nachdem sie mir den Weg zur Wärmestube am Petershof gewiesen, die bloß ein paar Schritte von der Bezirkskrankenloche entfernt ist, ruft sie mir noch im Wege noch:

„Du findest dort gute Gesellschaft!“

Ich befinde mich also vor der Türe der Wärmestube — einer Barade, wie wir sie, die wir den Krieg in den Alpenstellungen mitgemacht haben, zur Genüge kennen. Auf der einen Seite ist der Eingang für Männer, auf der anderen für Frauen. Zwischen diesen beiden Abteilungen in Wirklichkeit zwei schmuggigen Räumen, befindet sich ein schmaler Raum, wo der Aufseher eine Bank hat und die Kohlen zum Anheizen des Lokals aufgestapelt liegen. Wie ich hereinträte, umrinnt mich gleich ein Haufen Anwohner. Der Raum ist zum Bersten mit Menschen voll. Längs der Seitenwände stehen ein paar Bänke, die alle mit Menschen besetzt sind, auf und unter den Bänken liegen Menschen, die verhungert, hier ausruhen. Der Raum, in der Größe eines mittleren Zimmers, überbergt sicher 80 bis 100 Männer. Eine entsetzliche Atmosphäre erfüllt die Luft. Dazu eine drückende Wärme, daß einem der Schwitz auf die Stirn tritt. Natürlich gibt es hier eine ganze Anzahl von Leuten, die keinen Hebrerod besitzen. Die Mehrzahl der anwesenden Männer haben keine Schuhe, sie tragen Fesseln, Zeitungspapier um die Füße gewickelt, oder ist ihr Schuhwerk in einem solchen Zustande, daß sie sich nicht in den Schnee und Frost herausziehen können.

Wie die Leute aussehen? Einer wie der andere. Lauter Fesseln und Lumpen hängen von ihnen, manche haben seit Tagen, manche sogar seit Wochen keine Arbeit gefunden. Da ist ein Bierarbeiter, der mir seine Schuhe gezeigt hat, hier ein Tagelöhner, der Fesseln um die Füße trägt, dort ein junger Kommis, auf jener Bank sitzt ein ehemaliger Chauffeur, der erst aus der Strafanstalt Pantrah kam, neben ihm ein Hilfsarbeiter, der ein paar Wochen auf einer Klinik lag, tuberkulosekrank ist und wegen Platzmangel aus der Klinik entlassen wurde; er hustet ununterbrochen und erzählt mir, daß er den Professor der Klinik vergeblich gebeten habe, ihn noch ein paar Tage über die drohende im Spital zu belassen, aber durch die Grippe-Epidemie wäre es unmöglich gewesen.

Auf alle Rat schläge, die man den Leuten gibt, aus dem Elend sich auf irgendeine Weise zu befreien, haben sie entweder eine verweirliche oder hoffnungslose Antwort. Ein alter Mann gibt mir eine schwierige Frage zur Beantwortung:

„Sagen Sie mir, Herr, was halten Sie für besser, zu stehlen oder zu betteln?“ Das ist die einzige Art der Selbsthilfe, die in meiner Lage möglich ist!“

Der Chauffeur, der eben aus der Strafanstalt kam, gibt ihm den Rat, unbedingt zu stehlen, weil er dadurch eher aus dem Elende herauskomme. Wenn man bettelt, geben einem die Leute ohnedies nichts, meint er. „Auf ein ganzes Straßenviertel, wenn man bettelt, geben einem die Leute ohnedies nichts, meint er. „Auf ein ganzes Straßenviertel, wenn man bettelt, geben einem die Leute ohnedies nichts, meint er.“

„Dabei dürfte dich noch die Polizei doppeln und es besteht sogar Gefahr, daß sie dich in die Zwangsarbeitsanstalt schicken! Wenn du aber nicht und Elend hast, bist du bis morgen abends aus dem Elende draußen, geht es schief, so kommst du höchstens nach Pantrah und dort ist es auf alle Fälle so schön wie hier.“

Der Chauffeur hat recht. In Pantrah ist es bedeutend besser als in einer Wärmestube der Stadt Prag. Dort ist es wenigstens rein. Hier starrt alles von Schmutz, es herrscht hier ein Platzmangel, daß die armen Teufel, die hier ein Asyl suchen, anger wie Berge in einem Hof zusammengepackt sind, stehen und sich am Boden herumwälzen. Seit zwei oder drei Tagen — wird mir von ihnen erzählt — sendet das rote Kreuz mittags und abends auch für jeden Anwohner eine Suppe hierher. Von einem Rundschaften oder einer Nachtruhe kann natürlich in diesem „humanitären“ Institute nicht die Rede sein. Die Leute betteln es geradezu als einen Glücksfall, wenn von ihren Kameraden einer drei Kronen aufzutreiben kann, um in dem Nachtschlaf in Wjotischen über Nacht bleiben zu dürfen. „Aber 80 bis 100 Menschen gehen täglich trotzdem wieder weg, selbst wenn sie die drei Kronen aufzutreiben oder ausbeteln, weil der Andrang zu groß ist.“ erzählt mir ein junger Rundschaft, der sich seit vier Tagen nicht gewaschen hat.

Ein Kommis weigert sich, mir Näheres von sich zu erzählen. „Ich weiß, daß ich selber Schuld

bin an meinem Unglück.“ sagt er. „Ich habe mir das selber eingebredt, ich muß jetzt die Folgen tragen, aber ich werde schon wieder aus diesem Schlamassel herauskommen.“ Das ist eine ganze Antwort. Der Bursche ist eine Ausnahme. Die anderen sind meist so deprimiert durch das Elend und das ganze Milieu, daß sie gar nicht an eine Bänderung glauben.

Ich erkundigte mich, wer bereits vorbestraft wäre. Es melden sich einige unter diesen Unglücklichen, die es wirklich sind. Ich rate ihnen, sich an den Hilfsverein für entlassene Sträflinge zu wenden. Einer sagt: „Daran habe ich ganz vergessen, gleich morgen vormittags gehe ich hin.“

„Wenn ich nur ganze Stunde hätte.“ meint ein Kriegsinvalid. „Ich möchte mich zum Schneeschaukeln melden!“

„Dann ist dir noch immer nicht geholfen.“ erwidert ihm der Kamerad. „Du bekommst wohl 30 Kronen für die Arbeit pro Tag, aber du weißt doch, daß man für das Schneeschaukeln erst am dritten Tage den Lohn ausbezahlt erhält, wie willst du denn die drei Tage leben, fünf Kronen brauchst du doch pro Tag fürs Essen! Und weißt du, wie schwer es ist, wie lange wir warten müssen, ehe wir erst am dritten Tage den Lohn für das Schneeschaukeln ausbezahlt bekommen!“

„Ich pfeif auf die Schneeschaukelerei“, meugt sich ein dritter ins Gespräch. „Wenn ich nur eine Lizenz hätte, damit mich die Polizisten nicht aus den Wirtschaften wegtreiben könnten, mir macht meinen Beruf keiner nach. Voriges Jahr habe ich 27 Nagel geschludt, zwei Glühbirnen totlos herunterkommen, aber ohne Lizenz lassen mich die Polizisten nicht meinen Beruf ausüben.“

„Nun, vielleicht könnt ihr doch irgendwo ein paar Schuhe erbitten“, meinte ich zu den vielen Leuten ohne Schuhe und muß dabei denken, daß wir in einem Lande sind, das die meisten Schuhe auf der Welt produziert.

„Zeig, was du erbettelt hast“, ruft ein Mann und schiebt mir einen Mann vor, der wie eine Vogelweide aussieht.

„Wenigstens eine Zigarette geben Sie uns“, bittet jetzt einer. Ich bin nichttrauer, aber ich sehe, für diese Menschen ist eine Zigarette eine Liebesgabe, ich lasse ein paar Kronen dort und man schickt sofort Zigaretten holen.

Wie soll man diesem Elend steuern? Da müßte jede Nacht ein Beamter der sozialen Fürsorge der Stadt Prag hierher kommen, mit einem großen Korbe alter Kleider und Schuhe, die Personen dieser Menschen aufnehmen und tragen, sie wenigstens so auszustaffieren, daß sie eine Arbeit suchen können. Hilft denn da ein Teller Suppe?

Der Raum für die Frauen nebenan ist ganz anders Art. Es sind viel weniger Frauen hier, die Mehrzahl der Anwesenden sind Prostituierte, die hierher kommen, wenn es ihnen auf der Straße zu kalt wird und kein „Gast“ gefunden wurde. Aber auch alte arbeitslose Frauen sind da, auf der Erde neben dem Esen liegt ein bleiches Mädchen, dem zwei Finger abgetoren sind und die seit drei Tagen bewußtlos ist und keine Nahrung zu sich genommen hat. Da die Krankengüter überfüllt sind, liegt sie bis heute da. Ich gehe später mit dem Aufseher der Wärmestube zu den Barmherzigen Brüdern, die ganz in der Nähe ihr Spital haben und machte auf diesen „Fall“ aufmerksam. Die Barmherzigen Brüder erklären sich außerstande, die Frau aufzunehmen, weil alles voll ist und sie auch keine Frauen — außer auf einer Klassenabteilung — im Spital haben.

Ich sprach auch mit den Insassen der Frauenabteilung. „Schämt euch nicht, Mädchen, ich bin selber ein großer Lump!“ sag ich zu den Mädchen, die sofort zu lachen beginnen. Im Nu habe ich mir ihr Vertrauen erworben und sie antworten mir auf alle Fragen. Die meisten erklären, daß sie nur aus Not diesen Lebenswandel führen. „Kann man mit den 70 Kronen, die man wöchentlich verdient, in Prag existieren?“ fragt eine junge Frau. „Ich muß in dem Neubau für das leere Zimmer allein 250 Kronen bezahlen, der Mann ist ohne Arbeit, also was bleibt mir übrig als hier herumzustreifen. Sie glauben doch nicht, daß mir das Freude macht. Ich habe zwei Finger in der Fabrik bei der Maschine verloren, bekomme 27 Kronen Unfallrente, bin auch am Rüdgrat verlegt, aber es heißt: verdienen, verdienen, die Rente aufstreifen, also kann mir mit Moralpredigen nicht geholfen werden, nur mit Geld!“

Ein anderes hübsches Mädchen erzählt mir, daß sie in der Zeit in dem Heim für gefallene Mädchen bei der Heilsarmee war. „Wie sind die Verhältnisse dort?“ erkundigte ich mich. „Oh, schön.“ lacht das Mädchen. „Lohn und nichts zu essen. Ich bin noch einer Woche mit einer Freundin durchgedröhnt.“ Eine andere erzählt, daß sie seit zwei Jahren es „auf der Brust“ habe. „Darum muß ich dieses Geschäft treiben, denn so verdiene ich mir wenigstens doch in einer Nacht mandantel was.“ Erschütternd alles, was man da sieht und hört. Wieviel Wahrheit, wieviel Wahrheit über die heutigen unmöglichen Lebensbedingungen wird hier offenbar!

So ein kleiner Raum und so viel „Verloren“ bekommen, denke ich mir, als ich die entsetzliche Barade verlasse und auf die Straße komme. Wer ist schuld frage ich mich? Gewiß, viel, viel, jeder einzelne an seinem Schicksal selber. Und doch, wieviel auch die Gesellschaft! In den besten Cafés sitzen die Leute um Spieltische herum, Jodner und Hundert werden in einer Nacht ausgegeben, hier in der Barade betrachten es heute hunderte Menschen als „Luxus“, drei Kronen zu besitzen, um im Nachtschlaf in Wjotischen schlafen zu können.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Arbeitslosenunterstützung der Bergarbeiter.

Leistungen der „Union“.

Im letzten „Wirtschaft“ finden wir die nachstehende Darstellung über die Leistungen der „Union der Bergarbeiter“ auf dem Gebiete der Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder:

In besonders vorbildlicher Weise hat unsere Union der Bergarbeiter ihre proletarische Pflicht gegenüber den arbeitslos gewordenen Mitgliedern erfüllt, was aus den bereits in der letzten Ausgabe unseres Blattes mitgeteilten Unterstützungssummen hervorgeht. Seit dem Jahre 1920 bis 1932 hat unsere Union für ihre arbeitslosen Mitglieder aus den eigenen, in Form von Beiträgen eingezahlten Mitteln 5.716.600 Kronen an Unterstützungen ausgezahlt. Seit dem Jahre 1925, in dem das sogenannte „Genter System“ eingeführt wurde, hat die Union außerdem noch 5.428.500 Kronen an Staatsbeiträgen für ihre arbeitslosen Mitglieder ausgezahlt, so daß die gesamte von der Union ausgezahlte Arbeitslosenunterstützung in den Jahren 1920 bis 1932 über 11.144.100 Kronen beträgt.

In den letzten Jahren ist die Zahl der arbeitslosen Mitglieder ständig gestiegen. Während wir im Jahre 1929 nur 412 Unterstützungsfälle (ordentliche und Krisenunterstützung) zu verzeichnen hatten, ist die Zahl der Fälle im Jahre 1930 auf 1388, im Jahre 1931 auf 1483 und im Jahre 1932 auf 3216 angewachsen.

Am Jahre 1932 stand daher fast ein Viertel aller Unionsmitglieder im Genusse der Arbeitslosenunterstützung.

Davon entfielen die meisten Fälle auf das Paribad-Elbogener und auf das Paskauer Gebiet. Die steigende Arbeitslosigkeit hat in den letzten Jahren an die Finanzen unseres Verbandes häufig größere Anforderungen gestellt. In welchem Ausmaße die Anforderungen an unseren Arbeitslosensfonds gestiegen sind, das geht aus den folgenden Unterstützungssummen hervor:

Gewerkschaftl. Unterstützung	Staatsbeitrag	Zusammen	
1929	59.627	84.856	144.483
1930	275.262	655.890	931.152
1931	449.291	1.768.095	2.217.296
1932	523.208	2.035.553	2.558.856

Die Union der Bergarbeiter war, dank ihrer guten organisatorischen Fundierung, offen gestellten Anforderungen gewachsen, wobei nicht verschwiegen werden soll, daß ihr Arbeitslosen-

fonds erschöpft ist. Bei der Union der Bergarbeiter hat ein jedes anspruchsberechtigte Mitglied eine volle Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt erhalten.

zum Unterschied von den Mitgliedern des kommunistischen und halentzerrischen Verbandes, die an ihre arbeitslosen Mitglieder keine gewerkschaftliche Unterstützung, sondern lediglich den Staatsbeitrag zur Auszahlung brachten.

Wir können, angesichts der riesigen Summen, welche die Union an Arbeitslosenunterstützung bisher ausgezahlt hat, behaupten, daß die Leistungen unserer Organisation auf dem Gebiete der Arbeitslosenunterstützung einzig dastehen unter allen Bergarbeiterorganisationen in der Republik. Allein unsere vorbildlichen Leistungen für die Arbeitslosen müßten ein Ansporn sein für alle Unionsmitglieder zu ermüdlicher Verbearbeitung für unsere Organisation.

Internationale Landarbeiter-Fragen.
Verkürzung der Arbeitszeit auch in der Landwirtschaft notwendig.

Am 28. und 29. Dezember 1932 tagte in Utrecht die Exekutive der Internationalen Landarbeiterföderation (I. L. A.). Die Mitglieder der I. L. A. hat sich durch den Anschluß des Spanischen Landarbeiter-Verbandes mehr als verdoppelt und beträgt gegenwärtig rund 700.000.

Besondere Aufmerksamkeit schenkte die Exekutive der I. L. A. einem Beschlusse des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes, demzufolge die Landwirtschaft von den vorbereitenden Beratungen über die Verkürzung der Arbeitszeit ausgeschlossen ist. Die Exekutive bedauerte, daß bei jeder Gelegenheit und bei allen betriebligen Fragen die Landwirte nicht gleichberechtigt behandelt werden. In einem Protokollschreiben an das Internationale Arbeitsamt wird in diesem Zusammenhang folgendes gesagt:

„Das Exekutivkomitee der I. L. A. macht auf die große Zahl der Arbeitslosen in der Landwirtschaft aufmerksam. Aus diesem Grunde muß auch in der Landwirtschaft die Arbeitszeit beachtlich verkürzt werden. Es wäre daher zweckmäßiger gewesen, die Landwirtschaft bei der Behandlung dieser Fragen mit einzubeziehen. Wir stellen daher den Antrag, trotz dem Beschlusse des Verwaltungsrates doch die landwirtschaftlichen Fragen bei den kommenden Beratungen mit zu behandeln.“

GEDENKET

bei allen Anlässen der Arbeiterfürsorge!

Die gewerkschaftlichen Landeszentralen sollen eingeladen werden, dafür einzutreten, daß den Delegationen für die Konferenzen in Gené auch Vertreter der Landarbeiterorganisationen beigeordnet werden. Es gebe keine wirtschaftspolitische Frage, bei der nicht die landwirtschaftlichen Verhältnisse mitberührt werden. Dazu kommt, daß die landwirtschaftlichen Unternehmer und deren nationale und internationale Körperschaften jede Gelegenheit wahrnehmen, um beim Internationalen Arbeitsamt ihren Einfluß auszuüben. Die Landarbeitervertreter hoffen deshalb, daß ihre Wünsche möglichst beachtet werden.

Bei der Besprechung der Frage des Abstufens des Arbeitslohnes in der Land- und Forstwirtschaft wurde übereinstimmend berichtet, daß die Rationalisierung auch in der Landwirtschaft dazu beigetragen hat, Arbeitskräfte freizusetzen, trotzdem aber die Produktion erheblich gestiegen ist. Wenn auch prosentual die Arbeitslosen in der Landwirtschaft nicht so hoch sind, wie in der Industrie, so werden doch immer mehr Land- und Forstarbeiter arbeitslos. Dabei ist zu beachten, daß die Arbeitslosenstatistik in der Land- und Forstwirtschaft sicher nicht alle Arbeitslosen erfasst.

In fast allen Ländern, das faschistische Italien nicht ausgenommen, ist der Lohn der Landarbeiter um 10 bis über 30 Prozent gesunken.

Praktische Winke für die Hausfrau

Guter Schlaf im Winter.

In den Wintermonaten brauchen wir mehr Schlaf als im Sommer, daher müssen wir dafür sorgen, daß wir zu einem wirksamen Ausruhen kommen. Niemals darf man spät abends sehr kräftige Suppen oder Getränke zu sich nehmen, ebenfalls kein Kaffee oder Tee, die uns zu sehr anregen. Auch heiße Milch sollte man nicht mit etwas Kaffee mischen, wenn man sie spät abends trinkt, da sie sonst zu schwer ist, verdaut zu werden und man immer ein kleines „Fetto“ bei sich hat, was dem „Guten“ den Boden gegen den Schlaf schließt. Daß man nicht einschlafen kann, wenn man kalte Füße hat, wird jeder, der an sich erfahren haben. Man muß daher vor dem Zubettgehen für richtige Durchwärmung des ganzen Körpers sorgen. Das beste Mittel ist wohl ein Spaziergang. Wie sollte man vor dem Zubettgehen aufstehende Füße wärmen? Werde Menschen können dann überhaupt nicht einschlafen. Auch Dünner hat den Schlaf fern. Wenn sich ein Hungergefühl während der Nacht einstellt, sollte man eine Kleinigkeit zu sich nehmen; das ist besser, als stundenlang wach zu liegen. Wie soll man verfahren, daß der Schlaf vor Witternacht der beste ist?

Richtige Aufbewahrung von Vorräten.

Winterkartoffeln lagert man am besten in einem nicht feuchten Keller ein, und zwar schüttert man sie in große Kisten. Hochreiben und Weerztreich halten sich vorzüglich in Kisten mit trockenem Sand. Alle Kartoffeln und eingemachten Früchte soll man nicht in völlig trockenen Räumen aufbewahren, da sie sonst Schimmel ansetzen. Äpfel liegen am besten in Eichenkammern, da sie im Keller zu leicht schrumpfen. Käse soll man, wenn es sich um größere Stücke handelt, stets in Kuchenscheiben einschlagen. Gebäck, das feucht bleiben soll, stellt man in Blechblechen in der Nähe der Ofen auf. Brot dagegen ist in möglichen Fällen in Kisten aufzubewahren. Man darf es nie nachts im Zimmer stehen lassen, da es sonst hart und rissig wird.

Das Anstreichen von Möbeln.

Mit Cellarbe kann man in vielen Fällen ein verbrauchtes aussehendes Einrichtung wieder geputzt, glänzend und hübsch machen. Zu empfehlen ist nur, den Raum, in dem man streicht, gut mit Papppapier auszubeden, denn die Cellarbenflüche sind vom Fußboden sehr schwer zu entfernen. Ebenfalls muß man sich und seine Kleidung schützen. Besonders bei dem Anstreichen ist ein Schutzkleid unentbehrlich. Die Cellarbe selbst läßt man sich am besten in einer Drogerie in dem gewünschten Packton anwähnen. Alle gestrichelten Möbel können, nachdem sie mit Seifenwasser gewaschen wurden, ohne weitere Vorbereitung neu überstrichen werden. Bei polierten Möbeln hat man die glatte Politur zunächst durch Abreiben mit Schmirgelpapier zu entfernen. Dann erst kann man die Cellarbe auftragen. Man darf nicht zu dick streichen und muß sich bemühen, möglichst gleichmäßig zu arbeiten. Erst nachdem der erste Anstrich vollkommen getrocknet ist, kann man zum zweitenmal streichen. Nach Trocknen des zweiten Anstriches kann man die Cellarbe anstrichen. Glatte, alte Möbel aus Kirschbaum oder dunkel gefärbtem Holz werden modern und wie neu durch hübsche Cellarbenanstriche.

Weg mit der roten Nase!

Die Rote der Nase wird verursacht durch mangelhafte Blutregulation, und man kann nichts Besseres tun, als bei der Wurzel des Übels einzugreifen. Reichlich Körperbewegung sowie auch Wechselbäder haben sich oft schon als nützlich erwiesen. Daneben tut man gut, auf Alkohol, Tabak und Kaffee zu verzichten. Als äußeres Mittel kann man abends die Nase vorsichtig mit warmem Wasser abwaschen und mit Zinköl bestreichen. Bei Röttern soll man die Haut mit Zitronensaft einreiben, gut trocknen und Gesichtsdampfbäder anwenden.

